

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Kurze 4/A durch die Subhandlungen der „Volkswacht“, Neue Gaspendelstraße 6 und Friedland, Wilhelm-Str. 100, Reichshausstraße 155 sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. - Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägergeld. - 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägergeld. - 2,10 Rmt. durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 217 32, Redaktion 217 36
Postfach-Ronto Postfach-Num. Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, 311 Breslau

Anzeigenpreis: Je 1000 Zeichen (10 Zeilen) 10 Pf. Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuchen, Vereins-, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/A oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Bedeutende Umgruppierung auf der Flottenkonferenz

Teilweiser Rückzug Frankreichs Italienisch-französisches Zusammengehen

London, 4. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Verhandlungen der Flottenkonferenz haben am Dienstag nur langsame Fortschritte gemacht. Das wichtigste Ereignis des Tages ist ein teilweiser französischer Rückzug.
In der Sitzung der ersten Kommission lag ein französisches Memorandum vor, das eine starke Modifizierung der ursprünglichen französischen Auffassung erkennen ließ. Das erste Komitee prüfte das französische Memorandum Punkt für Punkt, wobei allerdings in einer Reihe von Fragen keine Einigung erzielt wurde. Sobald die technische Frage der Tonnage-Klassifizierung und der Tonnage-Verhältnisse zwischen den einzelnen Kategorien gelöst sein wird, kann die Konferenz an ihre wirkliche Aufgabe, die Bestimmung der absoluten Tonnagegrößen für die verschiedenen Mächte, herantreten. In den letzten Tagen haben jedoch zwischen den Hauptmächten der Delegationen, wie verlautet, bereits die ersten Besprechungen in dieser Richtung stattgefunden, wobei sich angeblich bereits die Anfänge einer Lösung dieser eigenartigen Aufgabe der Konferenz gezeigt haben.

London, 3. Februar. (Eigener Fundbericht.)

Ueber den Inhalt der von den Franzosen in der Dienstag-Sitzung der Flottenkonferenz überreichten Vorschläge erzählt unser Korrespondent folgendes:
Die im französischen Memorandum vom Dezember niedergelegte Forderung nach einem beschränkten Recht auf Tonnageerhöhung zwischen den verschiedenen Schiffskategorien bleibt unverändert aufrechterhalten. Sie wird jedoch durch einen neuen Gedanken ergänzt. Die Franzosen schlagen nunmehr die Festsetzung einer Maximaltonnage vor, die theoretisch für alle 5 Mächte Geltung haben soll und von welcher Macht überschritten werden darf. Aber jede Macht soll von sich aus freiwillig eine Erklärung darüber abgeben, welche Totaltonnage sie tatsächlich auf die Dauer der Konvention für sich in Anspruch nehmen wird. Mit dem Vorschlag soll ganz offensichtlich von französischer Seite den Italienern eine goldene Brücke gebaut werden. Italien hatte dann auf dem Papier volle Parität mit sämtlichen anderen Seemächten und insbesondere mit Frankreich. Es würde sich jedoch freiwillig zu verpflichten haben, während der Geltungsdauer der Konvention von der Maximaltonnage nicht Gebrauch zu machen. Jede Macht hätte die Pflicht, bekanntzugeben, in welcher Art sie die Gesamttonnage auf die verschiedenen Kategorien vorbehaltlich eines begrenzten Transferrechtes verteilen würde.
Der italienische Delegierte erklärte sich mit den französischen Vorschlägen einverstanden und identifizierte sich ausdrücklich mit der französischen Forderung nach einer Festsetzung der Gesamttonnage. Auf der anderen Seite bestehen Engländer und Amerikaner nach wie vor auf der Festsetzung der Höchsttonnage für jede Kategorie. Damit ist eine hoch bedeutsame Neugruppierung Frankreich-Italien und England-Amerika auf der Flottenkonferenz in Erscheinung getreten. Japan hat sich zu den Vorschlägen bisher nicht geäußert. Wichtiger als der Gegensatz zwischen der englisch-amerikanischen und der französisch-italienischen Auffassung wird in London die Tatsache betrachtet, daß sich mit den Verhandlungen die Perspektive auf eine Überbrückung der französisch-italienischen Flottenrivalität eröffnet hat. Man vermutet in London, daß die neue italienisch-französische Harmonie in nächster Zeit eine Ergänzung durch ein politisches Abkommen zwischen den beiden Mächten finden wird.

Paris, 3. Februar. (Eigener Fundbericht.)

Der „Petit Parisien“ wolle als einziges Blatt heute die genaue Einzelheit der im letzten Sommer erreichten englisch-amerikanischen Einigung in der Flottenfrage mitzuteilen so wie sie am Dienstag von den amerikanischen Delegierten den Japanern bekanntgegeben worden sei. Diese Einigung umfaßt folgende vier Punkte:
1. Vollkommene Einstellung aller Neubauten für Großkampfschiffe von 1930 bis 1936;
2. Herabsetzung der Maximaltonnage für Großkampfschiffe von 35 000 auf 25 000 Tonnen;
3. Herabsetzung der Maximalgeschwindigkeit von 16 auf 14 Koll. und
4. Verlängerung der Altersgrenze der Großkampfschiffe von 20 auf 25 Jahre.
Auf die vollständige Abschaffung der Unterseebootswaffe hätten die beiden angeführten Seemächte verzichtet. Doch verlangten sie, daß Zahl und Größe der Unterseeboote allgemein sehr stark herabgesetzt werden.

Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen

Die Reichsregierung besteht auf unveränderter Annahme

Die Reichsregierung hat dem Reichstag am Dienstag das deutsch-polnische Liquidationsabkommen zur Kenntnis gegeben, der im Rahmen der Younggehe über das Polenabkommen beschließen wird. Das Gesetz selbst hat keinen verfassungsändernden Charakter. Die Regierung wird auf Annahme des Gesetzes ohne jede Konzession und Verringerung bestehen. Das Gesetz ist schon aus dem großen Gedanken des Youngplanes, dem auch das deutsch-polnische Liquidationsabkommen entspringt, die Liquidationsfreiheiten endlich zu beenden und aus der Welt zu schaffen.
Inhaltlich sieht das Abkommen den finanziellen Verzicht Polens und Deutschlands und weiter den Verzicht Polens auf das Rückkaufsrecht vor. Durch den Verzicht auf das Rückkaufsrecht wird allein die Existenz von 2000 deutschen Bauernfamilien in Polen gesichert. Die deutschen Forderungen an Polen belaufen sich auf rund 500 Millionen Mark, die polnischen dagegen auf 800 Millionen Mark. Die deutschen Forderungen sind ohne Zweifel besser fundiert als die polnischen, so daß sich das Schuldenverhältnis bei einer objektiven Nachprüfung ohne Zweifel zugunsten Deutschlands geändert hätte. Zweifelhaft ist aber, wann die Prozesse, die um diese Forderungen geführt werden, zum Abschluss kommen. Ein gemeinsames Schiedsgericht hätte über diese Fälle bereits seit fünf Jahren in Paris. Bis jetzt ist noch nicht ein einziger Fall erledigt worden. Die Dinge hätten sich auch kaum geändert. Den beteiligten deutschen Staatsbürgern ist durch das jetzige Abkommen mehr geboten, als wenn sie auf die Entscheidung des Pariser Schiedsgerichts warten müßten. Mit dem Abkommen übernimmt natürlich das Reich die Pflicht, die deutschen Staatsbürger zu entschädigen. Man nimmt an, daß die Forderungen rund 200 Millionen Mark ausmachen werden. Die einzelnen Forderungen sind natürlich zu prüfen. Diese Prüfung wird in besonderen Verfahren durchgeführt. Berufungsinstanzen ist das Reichswirtschaftsgericht. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, daß die beteiligten deutschen Staatsbürger keinen Schaden erleiden.
Die deutsch-polnische Presse nimmt das Abkommen mit Polen das Vorzeichen für einen deutsch-polnischen Handelsvertrag ist, zum Anlaß einer heftigen Agitation gegen die Reichsregierung. Die Behauptungen der Reichsregierung sind durchaus demagogisch. So wird in unverständlicher Weise mit falschen Zahlen gearbeitet. Diese Agitation geht von denen aus, die immer wieder ihre Verbundenheit mit den Auslandsdeutschen im Munde führen. Das Gesetz sieht aber 12 000 deutschen Bauernfamilien in Polen Existenz und Eigentum. Dagegen nennt die Reichsregierung an. Es ist ein selbstloser Patriotismus,

der hier zum Ausdruck kommt und der die Minderwertigkeit der Agitation der Rechtsparteien gebührend kennzeichnet.

Berlin, 4. Februar. (Draht-Expres.)

Nach dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen behält sich bekanntlich die polnische Regierung das Wiederkaufsrecht in bezug auf die deutschen Besitzstellen vor, wenn im Erbfall der Erde wegen eines Vererbers oder Vergebens verurteilt worden ist. Durch die vom Gesandten Kauscher mit dem polnischen Außenministerium getroffenen Abmachungen über die Auslegung des Abkommens wird der Begriff der „Vererben“ dahin festgelegt, daß es sich nur um die gegen den Staat begangenen Vergehen handeln kann. (Beispielsweise Fahnenflucht.) Aber auch in dieser Gruppe von Straftatbeständen können Vergehen gegen Zoll- und steuerliche Bestimmungen einen Ausschluß von der Erbfolge nicht nach sich ziehen, es sei denn, daß es sich um Wiederholungsfälle handelt.

Ueber die im Gange befindliche endgültige handelspolitische Verständigung zwischen Polen und Deutschland, von der wir gestern Mitteilung machten, erfahren wir noch folgende Einzelheiten:
Deutschland hat die Übernahme des Polen zugesagten Kontingents von 200 000 Schweinen garantiert unter der Voraussetzung, daß die Lieferung direkt an bestimmte Fleischverarbeitungsfabriken geht. Es kann angenommen werden, daß Polen auf dieses Angebot eingeht, so daß nur noch über die Preisgestaltung ein Einverständnis zu erzielen sein wird. In der Frage der Einfuhr polnischer Kohle nach Deutschland dürfte wohl die letzten Gegensätze überbrückt werden. Hinsichtlich der Konzeptionierung der vier deutschen Schiffahrtslinien für den Auswärtigerverkehr ist, insofern ein Erfolg erzielt worden, als die deutschen Linien dem Sondervertrag für den Auswärtigerverkehr in Frage kommenden Linien beitreten werden. Die Beteiligung der einzelnen dem Syndikat angehörenden Linien wird kontingentiert, jedoch zwar die Linien zugelassen sind, ihre freie Konkurrenz jedoch beschränkt wird. Auch die Verhandlungen zur Herbeiführung eines großen Abkommens bezüglich des Getreideverkehrs werden fortgeführt. Von deutscher Seite werden, wie bekannt, 20 000 t polnischen Getreides übernommen, während Polen die Verpflichtung übernimmt, nicht mehr als für 37 000 Tonnen Ausfuhrerlöse in jedem Jahre zu erzielen. (Fortsetzung siehe nächste Seite)

Hände weg von Deutschland!

Wir wissen nicht, ob eine feierliche Festlegung des EUI über den Anbruch der „unmittelbar revolutionären Situation“ in Deutschland bereits vorgelesen war, ob die Glückwunschtelegramme an die Sowjetregierung von Deutschland von Manuilski und Molotow, den neuen Häuptern der deutschen kommunistischen Politik in der Komintern schon stilliert, und Heinz Neumann, Teddy Thälmann und Hermann Remmele bereits zum Orden der roten Fahne vorgeschlagen waren. Aber eins wissen wir: die Molotow und Manuilski und mit ihnen der ganze Apparat der Moskauer Internationale, werden heute tief enttäuscht sein, weil in Deutschland nicht Arbeiterblut in Strömen das Pflaster gefärbt hat. Was nützen ihnen die Verhaftungen einiger Demonstranten! Menschenhelatomben nach dem Muster des Kantoner Aufstandes, das ist es, was die Weltverbrecher von Moskau für ihre Pläne brauchen. Sie haben wieder einmal umsonst gehofft und sich umsonst kompromittiert. Denn daß ein Zusammenhang besteht zwischen den innerpolitischen Verhältnissen in Rußland und dem Treiben der deutschen Kommunisten, zwischen der Sowjetregierung und der kommunistischen Internationale wie ihrer deutschen Filiale, das läßt sich nicht abläugnen.

Die deutschen Spionagenten von Moskau haben in den vergangenen Wochen ihr Möglichstes an Hehe geleistet. Sie haben eine Sprache geführt, die ein äußerstes Maß von blindem Haß offenbarte. Diese Sprache richtete sich noch stärker als gegen die Staatsgewalt gegen die deutsche Sozialdemokratie wie gegen die große deutsche organisierte Arbeiterbewegung überhaupt. Die Drahtzieher von Moskau sehen in der Arbeiterkassette nur ein Masse ohne Willen, die sich bald hier, bald dahin führen läßt. Für sie sind die Arbeiter und ihr Schicksal nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Die deutsche Arbeiterbewegung mit ihren eigenen Zielen, ihrem eigenen Willen und ihrer Geschlossenheit ist ihnen aufs tiefste verhaßt.

Die Haltung der kommunistischen Führung in Deutschland der Arbeiterkassette gegenüber läßt sich auf die eine Formel bringen: „Wollt ihr Hunde denn noch nicht parieren und für Moskau sterben?“ Die kommunistischen Führer haben längst daran gewikkelt, durch ideelles Werben die Köpfe der Arbeiter für sich zu gewinnen. Wie schlechte bürgerliche Massenpsychologen glauben sie nicht, daß die Masse vom Drang nach Wahrheit und Erkenntnis, von ideellen Antrieben bewegt werde. Sie hoffen nur noch auf primitivste und übelste Instinkte. Sie sind von der Propaganda zur Lüge übergegangen, von der Lüge zum Lachspiegel, vom Lachspiegel zum Banditismus. Sie haben verlernt, künstlich Zusammenhänge zwischen der Polizei und kommunistischen Demonstrationen herbeizuführen. Sie haben geschrien, geheult, organisiert. Der Staatsapparat und die offizielle Presse einer Großmacht haben ihnen dabei den Rücken gestärkt. Scharen von Berufsrevolutionären, die unter Ausnutzung der offiziellen deutsch-russischen Beziehungen nach Deutschland importiert worden sind, haben dies Treiben unterstützt. Es hat zu einem grandiosen Fehlschlag geführt. Die deutsche Arbeiterkassette hat diesem Treiben verachtungsvoll den Rücken gekehrt.

Es hat sich gezeigt, daß die Klüfte zwischen der deutschen Arbeiterkassette und der kommunistischen Partei nie so tief und breit war wie eben in dem Zeitpunkt, wo die deutschen Kommunisten und ihre Moskauer Auftraggeber mit ihnen von einer revolutionären Situation in Deutschland träumten. Es ist ein grandioser Zusammenbruch, nicht nur des praktischen Putschismus, sondern auch des ideellen. Es zeigt sich, daß die bolschewistischen Anschauungen von der Masse der Arbeiterkassette und von ihrer Beeinflussbarkeit grundfalsch sind. Selbst in der Zeit der Massenwerbslosigkeit und der drückenden Not hat die kommunistische Partei nicht vermoht, auch nur einzelne stärkere Gruppen der Arbeiterkassette in irgendein putschistisches Abenteuer hineinzuheben!

Den Berufsrevolutionären, die sich heute wie Lachspiegel betätigen, um morgen über Polizeibrutalität zu jekern, wendet der organisierte deutsche Arbeiter verachtungsvoll den Rücken. Das völlige Verlagen der Pläne der kommunistischen Partei mit ihrem Hungermarsch, mit dem politischen Massenstreik, mit der Vertreibung der Polizei von der Straße ist die Quittung, die die Kommunisten für ihr Mäuerbrechen erhalten. Ihr Verlagen zeigt, daß die Arbeiter ihre Provokation wie ihre Verlogenheit durchschauen!

Die kommunistische Partei ist heute isoliert von der organisierten deutschen Arbeiterbewegung. Die deutschen Arbeiter ziehen eine scharfe Grenzlinie gegen den Neuarismus. Die deutschen Arbeiter kämpfen um ihren Aufstieg. Sie wollen sich nicht in äußerste asiatische Barbarei zurückführen lassen. Sie erkennen nur zu gut, was das kommunistische Treiben für die Arbeiterkassette bedeutet.

Was heute den kommunistischen Partalen in den großen Städten, in Hamburg und Berlin noch nachfolgt, das sind nicht die echten Typen der deutschen organisierten Arbeiter. Es sind die Parteistraßen, die in Massen dem Rotfrontkämpferbund angehören. Es sind jene Geisteslosen, die von Lust am Kobau, aber von keinem ideellen Beweggrund getrieben werden, jene Elemente, die sich

Kritische Lage in Frankreich

Die Gruppe Loucheur erteilt Tardieu eine Abfuhr

Paris, 4. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Kubensminister Deland und Kolonialminister Pélissier sind am Dienstag nach London auf die Reise. Ministerpräsident Tardieu wird am Mittwoch nach London reisen.

Das innapolitische Intermezzo, das die führenden Minister des Kabinetts nach Paris geführt hat, um die parlamentarische Krise wieder etwas klären zu lassen, scheint also nach außen hin beendet zu sein. In Wirklichkeit aber dauert die Krise fort. Wenn auch ihr Ausbruch mit Rücksicht auf die schwebenden internationalen Verhandlungen noch einige Zeit auf sich warten lassen wird, so zeigen zwei Vorfälle des Dienstags, in denen die Regierung eine schwere Prestige-Einbuße erlitten hat, daß sich die Lage sehr aufgelockert hat.

In der Senatskommission für die Behandlung des Sozialvertragsgesetzes, das sich langsam zu einem Prüfteln der Widerstandsfähigkeit der Regierung entwickelt hat, wurde am Dienstag der von der Regierung vorgeschlagene Gesetzentwurf abgelehnt. Die Kommission beschloß, die Frage vor das Senatsplenum zu bringen und von diesem entscheiden zu lassen.

Außerdem kam es am Dienstag zu einem offenen Streit zwischen Tardieu und der radikalen Fraktion, die mit ihren 64 Stimmen bisher ausschlaggebende Rolle zwischen Majorität und Opposition spielt. Tardieu hatte für Dienstag nachmittag die Fraktion der Majoritätsparteien zu einer Konferenz eingeladen. Sämtliche Parteien über Rechte und des Zentrums sind eingeladen, mit Ausnahme der radikalen Linken. Der Präsident, der Abg. Daniélou, einen Brief an Tardieu richtete, in dem er die Einsetzung mit der Begründung ablehnte, daß radikale Linke als solche den Majoritätsparteien nicht angehört und es seinen Mitgliedern wie bisher weiterhin freistünde, falls sie für oder gegen die Regierung zu stimmen. Es kam es in den Wandelgängen der Kammer zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Tardieu und Daniélou, in welcher der letztere auf seinem Standpunkt beharrte und der Konferenz tatsächlich fern blieb. Der noch ungeklärte Streit um die Einsetzung der Regierung wird in parlamentarischen Kreisen umso größerer Bedeutung beigemessen, als die Gruppe durch weniger als drei Minister, darunter Arbeitsminister Loucheur und drei Unterstaatssekretäre im Kabinett vertreten ist.

Die Zustände bei der Reichsmarine

Wie das Marinekommando mit Marineangehörigen umgeht

Kiel, 4. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Marinebehörden haben kürzlich mehrere Marineangehörige fristlos entlassen, die angeblich regen Umgang mit Kommunisten hatten und selbst in dem Versuch standen, Unruhmäßigkeiten zu stiften. Alle von der Entlassung betroffenen Soldaten erklärten indessen, sich irgendwelcher Verfehlungen nicht bewußt zu sein. Sie haben deshalb gegen die Marineleitung den Klageweg beschritten.

Die erste dieser Klagen wurde am Dienstag vor dem Einzelrichter der Zivilkammer des Landgerichtes Kiel verhandelt, ohne daß ein Urteil erfolgte. Kläger war der Oberfährtmeister Schreiber. Er hat elf Jahre gedient. Seine Beförderung zum Feldwebel war bereits ausgesprochen, wurde aber zurückgezogen, als Admiral Raeder die fristlose Entlassung verfügte. Ein Einspruch des Schreiber ist vom Reichswehrministerium verworfen worden. Der Oberfährtmeister hat trotz wiederholter Verusche nicht erfahren können, was ihm im einzelnen vorgeworfen wurde. In der Entscheidung des Reichswehrministeriums ist auch nur von Unruhmäßigkeiten, Verfehlungen in kommunikativen und Verfehlungen mit staatsfeindlichen Elementen die Rede. Erst im Termin erfuhr der Kläger, wessen ihn die Marinebehörde beschuldigt. Der Anwalt der Marine erklärte, der Entlassene sei erst in einem Lokal gewesen, das vorwiegend von Kommunisten besucht werde und habe einmal mit zwei Kommunisten am Tisch gesessen, wobei man über die kommunistische Agitation in der Marine beraten habe. Demgegenüber erklärte der Beschuldigte, daß das Lokal nicht von Kommunisten, sondern überwiegend von Marineangehörigen besucht werde und der Besucher selbst ein ehemaliger Marineangehöriger ist. Niemals habe er mit Kommunisten über die Agitation in der Reichsmarine verhandelt. Den einzigen Beweis, den der Anwalt der Marine für seine Behauptung anführen konnte, war, daß er von dem Entlassenen die Entlassung forderte. Der Oberfährtmeister nahm den ihm ausgesprochenen Eid an, weshalb der Einzelrichter die Angelegenheit an die Zivilkammer verwies, so daß noch einmal eine Verhandlung angesetzt werden muß.

Insomweit läßt der ganze Verlauf dieses ersten Prozesses einen schweren Reifall der Reichsmarineleitung bereits jetzt als wahrscheinlich vermuten.

Erzessinn gegen die radikalen Gewaltpolitiker

Zwei Erlasse an die staatlichen Kommunal-Aufsichtsbehörden

Der Preussische Minister des Innern hat über die Befestigung von Kommunalbeamten, die staatsfeindlichen Parteien oder Organisationen angehören, an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte einen Erlaß herausgegeben, den der Amtliche Preussische Pressedienst nachstehend im Wortlaut wiedergibt:

I. Für die Befestigung von Anhängern der kommunistischen oder nationalsozialistischen Partei als Kommunalbeamten werden unter Aufhebgang früherer Erlasse und mündlicher Anweisungen die folgenden Richtlinien aufgestellt:

1. Die Befestigung als leitende Beamte (Behördenleiter) und als ständige Vertreter von Behördenleitern ist ausnahmslos zu verweigern. Angehörige der genannten Parteien sind also insbesondere nicht zu befestigen als

- Bürgermeister (Oberbürgermeister), Beigeordnete (zweite Bürgermeister) der Magistratsverfassung, Erste Beigeordnete der Bürgermeisterversammlung, Kreisdeputierte, Amtsverwalter und deren Stellvertreter und Gemeindevorsteher.
- Die Befestigung in allen übrigen Besoldeten oder besoldeten kommunalen Ämtern ist nur dann zu erteilen, wenn im Einzelfall der zu Befestigende nach einer pflichtmäßigen Amtsführung im Rahmen der bestehenden Staatsordnung und unabhängig von Parteipolitik durch eine politische Erklärung verpflichtet und seine Verantwortlichkeit die Gewähr bietet, daß die Verpflichtung ernstlich gemeint ist und eingehalten wird.
- Bei der Befestigung von Angehörigen an staatsfeindlichen Organisationen als Kommunalbeamte gilt das unter 1. 2. Gesagte.
- Falls im Einzelfall die zur Befestigung erforderliche Zustimmung der Beschlußbehörde verlagert wird, ist jeweils gegebene Rechtsmittel gegen die Befestigung der Befestigung einzulegen.

Im Zusammenhang mit dem Volksbegehren hat die preussische Innenminister folgenden Erlaß an die nachgeordneten Behörden gerichtet:

- 1. Personen, deren Beteiligung am Volksbegehren sich auf die bloße Eintragung in die Listen für das Volksbegehren beschränkt hat, sind zu befestigen.
- 2. Personen, die sich an der Agitation für das Volksbegehren beteiligt haben, ohne daß dies in einer der Volksbegehren in der Form herabsetzender Art und Weise geschehen ist, sind ebenfalls zu befestigen.
- 3. Bei Personen, die sich an der Agitation für das Volksbegehren in einer der Volksbegehren in der Form herabsetzender Art und Weise beteiligt haben, ist zu unterscheiden, ob sie zur Zeit des Volksbegehrens bereits Beamte waren oder nicht.
- a) Wiedereingewählte und anderen Personen, die zur Zeit des Volksbegehrens bereits Beamte waren, ist die Befestigung zu verweigern, es sei denn daß im Einzelfall besondere Umstände eine mildere Beurteilung rechtfertigen könnten, ist die Befestigung zu verweigern, wenn er weder ihre Agitation für das Volksbegehren eine derartige war, daß sie sich damit für die Stellung eines Beamten unmöglich gemacht haben, oder nach dem ganzen Persönlichkeitsansehen ist, daß sie als Beamte in einem zukünftigen ähnlichen Fall in gleicher Weise ohne Rücksicht auf ihre Beamtenpflichten handeln würden.
- Falls im Einzelfalle die zur Befestigung erforderliche Zustimmung der Beschlußbehörde verlagert wird, ist jeweils gegebene Rechtsmittel gegen die Befestigung einzulegen.

Aufgehobenes Verbot

Der Hamburger Senat hat — wie uns aus Hamburg gemeldet wird — das Verbot der kommunistischen „Volkszeitung“ mit Wirkung vom Dienstag aufgehoben.

unter den Händen der kommunistischen Hezer immer mehr den Willen der gesellschaftlichen Unterwelt anzuheben. Ist das der Nachdruck des Proletariats, die Zukunftshoffnung der Arbeiterklasse, die mit Schlagring und Messer in der Tasche sich nachts in den Straßen herumtreibt, um beim Anblick eines Vollzugs zu lachen? Das sind nicht Zukunfts-, sondern Untergangserwartungen! Mit Messer und Schlagring läßt sich keine neue Welt bauen, keine neue bessere Gesellschaft schaffen!

Die kommunistischen Führer sehnen sich nach der Möglichkeit ihrer Parolen und ihrer Aktionen nach der Illegalität. Sie wollen aus dem erbarmungslosen Heißer Licht der Öffentlichkeit in der Demokratie verschwinden, weil sie glauben, im Dunkel der Ungeschicklichkeit größer und mächtiger erscheinen zu können als sie in Wahrheit sind. Im Heißer Licht der Öffentlichkeit sind sie von Stufe zu Stufe gesunken, bis sie beim Todessphellum und beim Banditismus angelangt sind. Es bleibt ihnen nur noch übrig, in der Illegalität ein politischer Unterweltstern zu werden.

Säberfälligkeit und Verwilderung werden sie weiterheben. Mostau wird neue Parolen ausgeben und neue Leute schicken. Sie werden die Klust nicht schließen, die zwischen ihnen und der deutschen Arbeiterklasse besteht. Die deutschen Arbeiter sind nicht eine kulturlos, gefinnungslos, traditionslose Masse, die sich von unreflexen Bäckchen in Abenteuer führen läßt. Sie sind nicht gewillt, sich für die Zwecke der neuen Zaren in Mostau miltzbrauchen zu lassen.

Hände weg von Deutschland! Das ist die Lehre, die sich aus der Reihe der Mißerfolge der kommunistischen Propagationspolitik für die Sowjetregierung ergeben sollte. Hände weg von Deutschland! Die deutsche organisierte Arbeiterbewegung ist kein Versuchfeld für weltrevolutionäre Abenteuer und für Verbrechen, die sich die Maske der Berufsrevolutionäre vornehmen!

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

(Schluß von der ersten Seite)

Von polnischer Seite muß allerdings die Umgestaltung der jetzigen Expatriationspolitik vorgenommen, d. h. es müssen vor allem in diese Organisation auch die bisher außenstehenden Expatriationsleute einbezogen werden.

Warschauer Vereinbarung über deutsche Optanten

Außer den Fragen der Liquidation des reichsdeutschen Eigentums und des Wiederaufstretens der polnischen Regierung gegenüber den im Besitz von deutschen Minderheitsangehörigen befindlichen Rentenstellen wurde bei den in Warschau geführten politischen Verhandlungen eine Vereinbarung getroffen, die über den Rahmen des eigentlichen Liquidationsabkommens hinaus, die Rechtsstellung einer wesentlichen Gruppe der deutschen Optanten in einem für Deutschland günstigen Sinne regelt. Während auf Grund des Wiener Abkommens von 1924 die in den ersten Nachkriegsjahren abgewanderten Optanten in Polen nicht anständig sein dürfen und nur zu einem beschränkten Aufenthalt in drei Wochen im Jahre hinausgehenden Aufenthalt in Polen berechtigt sind, hat sich die polnische Regierung jetzt bereit erklärt, diejenigen Optanten, deren Eltern in Polen Grundbesitz haben, im Erbfolge nach Polen zurückkehren zu lassen, um die Erbschaft anzutreten und das väterliche Grundbesitz weiter zu bewirtschaften. Die Zurückgekehrten behalten die von ihnen gewählte deutsche Reichsangehörigkeit, müssen aber auf dem gleichen Fuße wie andere Ausländer behandelt, können also nur dann ausgewiesen werden, wenn sie wegen Verbrechen oder dergleichen als „lästige Ausländer“ zu bezeichnen wären. Die Vereinbarung verspricht nicht nur auf die Rentenstellen der deutschen Angehörigen, sondern auch auf sämtliche andere Landgüter ohne Rücksicht auf deren Größe.

Streicher vor dem Reichsgericht

Leipzig, 4. Februar. (Eig. Draht.)

Der nationalsozialistische bayerische Landtagsabgeordnete Streicher, Nürnberg war kürzlich in Nürnberg wegen Gefährdung der jüdischen Religion zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Außerdem wurde der Schriftleiter des nationalsozialistischen „Stürmer“, Paul Holz, aus dem gleichen Grunde zu 3 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Auf Veranlassung von Streicher war feinerzeit unter Bezugnahme auf den Husmann-Prozess ein Artikel erschienen. Husmann hatte sich feinerzeit unter dem Verdacht, den Schüler Daube in Gladbach ermordet zu haben, zu verantworten. In dem „Stürmer“ wurde diese Mordtat als ein Ritualmord der Juden gekennzeichnet.

Streicher betrat das Gebäude des Reichsgerichts mit einer Keule in der Hand. Er wurde jedoch von dem diensttuenden Vorbeamten gezwungen, dieses Instrument im Anmeldezimmer zurückzulassen. Im übrigen waren zu der Verhandlung zahlreiche Anhänger der Nationalsozialistischen Partei erschienen, die Streicher im Verhandlungsraum ohne Widerspruch der Richter mit dem Faschistengruß empfingen.

Der Unheimliche

The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebersetzt von Max E. Schirmer

(Nachdruck verboten)

„Also das ist es! Er spricht zu viel! Der Teufel muß gehört haben, was Lupperwill mir heute morgen über ihn gesagt hat. Wie er es aber belauscht hat, das möchte ich wissen!“ Ex-Larn, dann das Geld und nun Lupperwill. Sonola schritt vor nichts zurück.

Sonola? Raff, das ist doch der Mann mit dem Raubmitteln?

In diesem Augenblick wurde ihr das Geheimnis offenbar, vor dem sie wie vor einem Rätsel gestanden hatte.

„Sonola! Die Raubmitteln! Es waren deren zwei — eine Sonolas, und die andere — Mr. Larns?“ flüsterte sie atemlos.

„Er nicht. Früher oder später mußt du es doch erfahren.“

„Und du?“ fragte sie mit einer Stimme, die kaum lauter als ein Wispern klang.

„Und ich auch“, sagte er lächelnd. „Es hat seinen Zweck, daß du daran zu stoßen kriegst. Es ist eine reine Geschäftssache. Würdest du etwas dagegen haben, einen Destillateur oder Brauer kennenzulernen, nur aus dem Grunde, weil einige Leute den Alkohol nicht vertragen und sich nicht anständig benehmen können?“

„Sonola!“ wiederholte sie. „Major Amery?“

„Er ist entweder Sonola oder sein Mann.“

„Und Mr. Lupperwill?“

„Er ist nichts weiter“, bemerkt Raff ungeduldig. „Lupperwill ist mein Bankier und bewilligt auch Amerys Bankier. Er hat mir erzählt, daß Amerys Konto ihm in seinen Büchern nicht gefiel — und das ist es, was er gesagt hat. Amery muß zu erfahren haben, und daher ist die Sonola heute Abend Lupperwill nachgegangen, um ihm einen Denkmittel zu geben. So kann es beweisen, und du kannst es beweisen“, sagte er. „Morgen wird Amery sein Konto bei Stebbings Bank kassieren und alles aus dem Tresor entnehmen. Sein Raub! Wenn ich nur wollte.“

Seine Augen funkelten, und seine Stimme atmete von Leidenschaft. „Das Mädchen war jedoch durch die Verhaftung des

„Das ist schrecklich, zu schrecklich!“ erwiderte sie leise. „Ich kann kaum glauben, daß Männer solche Scherzale sein können.“

„Raff, was das Geld —“ fuhr sie zögernd fort — „das Geld, das Daniel verdiente und du.“

Ihr Bild unerborgenen Efels reizte ihn.

„Von dieser Seite darf man die Sache nicht ansehen“, betonte er. „Ich sage dir, es ist eine reine Geschäftssache. Vielleicht verachtet sie gegen das Gesetz, aber das ist bei vielen anderen auch der Fall. Es ist nicht schlimmer als Schnapsdampfmuggel, und ich kenne viele anständige Leute, die Geld damit verdienen.“

„Sicherlich sind das keine anständigen Leute“, sagte sie, vollständig ihre Fassung zurückgewinnend, und stand auf. „Ich muß mir das überlegen.“ Mit diesen Worten ging sie in ihr Zimmer, ihre Gedanken waren in Aufruhr.

XXIII.

Als sie am nächsten Morgen die Schuhe anzog, um in das verbotene Bureau zu gehen, war sie zu einem Entschluß gekommen — ihre Verbindung mit dem Hause Amery war zu Ende. Warum sie die Gemeinheit des Mannes nicht von den Dächern der Häuser ausrief, war ihr ein Rätsel, und erschreckte sie. War ihre Moral so weit gesunken, daß sie das eine Verbrechen, das sie kannte, und das andere, das sie vermutete, verzeihen konnte?

„Sie dachte daran, wie er ihr jetzt wohl vorkommen würde, jetzt, wo sie wußte, was er war. Der Mann lebte von der Erniedrigung der Menschheit. Ein grausamer, brutales Wegelagerer, der einen Mann niederschlug, weil er gegen eine Bankregel verstoßen hatte.“

Ihr Weg nach Osten führte sie an den großen Zeitungs-bureaus vorbei, einem Impuls folgend, trat sie in eins von ihnen ein und fing an die Bände alter Zeitungen zu durchblättern, die dort ausliegen. Geld fand sie den Abend, den sie am letzten Morgen ihrem Daniel vorgesetzt und der — jetzt war es ihr verständlich — ihn so aufgeregt hatte.

Ein Berichtshüter, der bereitkam, um zum Kassierer zu gehen, sah, wie ein hübsches Mädchen die Seiten umblättert, und da er bemerkte, daß sie nicht die Anzeigen durchsah, trat er an sie heran.

„Kann ich Ihnen behilflich sein?“ fragte er. „Ich bin hier angefaßt.“

„Er wollte sie das Anerkennen abfragen. Aber ihr war etwas eingefallen, was ihr Major Amery erzählt hatte, und sie

hatte sich gerade überlegt, ob es zu lange dauern würde, das zu finden, was sie wissen wollte, als der Mann erschien.

„Ich versuche, den Artikel über den Ueberfall auf den in China zu finden.“

„Aha, der Ueberfall auf den „blauen Zug“? Sie werden ihn nicht in diesem Bande finden, denn das ist schon vor Monaten passiert.“

„Können Sie sich erinnern, warum er überfallen wurde?“

Der jugendliche Berichtstatter lächelte. „Ich glaube, es leicht Geld zu verdienen“, sagte er. „Im Zuge waren ein oder zwei reiche Opiumsmuggler.“

Wieder das Opium! Sie atmete tief auf.

„Ich danke Ihnen vielmals“, rief sie ihm zu und verließ zum Bedauern des Kenners weiblicher Eleganz in aller Eile das Bureau.

Als die Glocke sie rief, fand sie es seltsam, daß Amery nicht verändert ausah. Sie glaubte, daß sie insofern ihrer Kenntnis und überhörschen Beobachtung irgendein Merkmal seiner Unempfänglichkeiten bemerken würde. Es mußte doch seinem Gesicht etwas sein, was seinen gemeinen Charakter rief. Aber nein, er war gerade so wie immer, und wobei Benehmen noch sein Ton verriet, er auch nur den geringsten Unterschied. Einmal sogar war er wirklich freundlich.

„Ich bin Ihnen sehr verbunden, daß Sie gestern Abend mit gekommen sind“, begann er. „Sie werden sich freuen zu hören, daß Mr. Lupperwill eine gute Nacht verbracht hat, und daß der Arzt glaubt, daß er in einigen Tagen wieder ins Gefängnis gehen kann.“

War in seinen Worten ein Klang von Spott? Sie glaubte es herauszuhören und wunderte sich über seine kalte Brutalität.

„Und welchen Trost hatte Ihnen Dr. Hallam anzubieten?“

„Sie beobachten mich ziemlich genau, Major Amery“, antwortete sie ruhig. „Ich habe den Doktor nicht zu mir gerufen, um mich trösten zu lassen.“

„Sie haben ihn also doch gebeten zu kommen? Ich habe mir gedacht“, sagte er. „Bei der Nachricht von Lupperwills eigenem Tod Einbruch auf ihn gemacht? Ich sehe, daß Sie nicht sprechen wollen. Wenden wir uns den Briefen zu.“

(Fortsetzung folgt)

Hitler entläßt

Sensationelle Enthüllungen im Prozess Hitler - von Gräfe

München, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Vor der Münchener Strafkammer wird augenblicklich in zweiter Instanz der Beleidigungsprozess Hitlers gegen den völkischen Herrn von Gräfe, Goldschee, die Münchener Redakteure Oberhuber vom "Sagrischen Kurier", Jozef von der "Münchener Post", und Bagriß und Wimmer von der Münchener SPD-Leitung verhandelt.

Herr von Gräfe, damals noch Reichstagsabgeordneter der deutschnationalen Kampfbewegung, schrieb in seinem Organ, dem "Deutschen Tagblatt", unter 8. Mai 1928, also kurz vor den Reichstagswahlen, von "der schmachvollen Preisgabe Südtirols" durch Hitler, in seinem Wahlkampf, der ihn immer mehr in seelische und materielle Abhängigkeit von dem verpörrichten Duce führt. Diesen Artikel griff der "Sagrische Kurier" auf und unterfing in einem eigenen Kommentar die auffällende Tatsache, daß der sonst redselige Hitler auf die schweren Vorwürfe so einfach schwieg. Am Wahlsonntag brachte die SPD in einem großen Wahlplakat heraus mit der Schlagzeile "Hitler entläßt", in dem unter anderem gesagt wird, daß ein italienischer Angriff, ein Beauftragter Mussolinis, seit 1923 ein italienischer Begleiter Hitlers sei, daß sich der Münchener Standplatz 1923 unter der Kontrolle Mussolinis abspielte und die Nationalsozialisten Südtirols verraten haben, um ihre Wahlpropaganda mit Lüge bezahlt zu bekommen. Schließlich hatte die "Münchener Post" den Inhalt dieses Plakates in ihrer ersten Nummer nach den Wahlen noch einmal veröffentlicht.

München, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Im Verlauf der Berufungsverhandlung Hitler gegen den völkischen Herrn von Gräfe-Goldschee und andere Angeklagte erbot sich ein Teil der Beschuldigten am Dienstag für die Verurteilung der Nationalsozialistischen Partei seien italienische Zusätze geleistet worden, den Wahrheitsbeweis führen zu wollen.

Eine sensationelle Wendung nahm die Verhandlung bei dem Verhör des Schriftstellers Werner Abel. Dieser gehörte in den Jahren 1920 bis 1923 den faschistischen Kreisen an und war eine Art Verbindungs- und Beobachtungsmann ostpreussischer vaterländischer Vereinigungen in München. Er hat hier mit Hitler selbst Fühlung genommen und seinen Bemerkungen ist es gelungen, einen italienischen Fachmann, den Hauptmann Milloratti, bei Hitler einzuführen und die bayerischen Nationalsozialisten für seine italienisch-faschistischen Pläne zu interessieren. Diese Pläne bestanden in der Hauptsache darin, die deutsche faschistische Bewegung mit Geldmitteln der italienischen Faschisten zu unterstützen und dafür von Hitler gewisse Zugänge bezüglich Südtirol zu erhalten. Abel behauptet unter Eid bestimmt und eindeutig, die Niederlage einer Unterredung des faschistischen Hauptmanns mit Hitler und einigen Genossen gesehen zu haben, worin sich Hitler den Plänen des Italieners gefügig zeigte.

Abstimmungen zum Etat

Im preussischen Landtag

Berlin, 4. Februar. (Eigener Bericht.)

Der preussische Landtag nahm in seiner Dienstagssitzung die Abstimmungen zum Etat des Volkswohlfahrtsministeriums vor. Ein Antrag der Wirtschaftspartei zugunsten der Finanzstrafen wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Abgelehnt wurde auch der Antrag der Wirtschaftspartei auf Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht für alle 18 bis 21-jährigen Jugendlichen. Der sozialdemokratische Antrag, die Fürsorgepflicht der Jugendämter zu übertragen, wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, die Witwen- und Waisenrenten der Invalidenversicherung auch dann auszusprechen, wenn der Versicherte vor 1912 gestorben ist, wurde an den Ausschuss zurückverwiesen.

In der fortgeführten Debatte zum Etat des Finanzministeriums erklärte Abg. Kaiser (Komm.), die Kürzung der Beamtengehälter würde trotz aller Dementis bevorzugen.

Finanzminister Dr. Hüpper-Walhoff bittet von der Entscheidung eines Untersuchungsausschusses über den Zusammenbruch der Beamtenbanken abzusehen. Man könne über diese privaten Gründungen sehr verschiedener Meinung sein; die Staatsregierung habe jedenfalls ihre Geschäftsführung nicht zu verantworten. Der Anschlag aller Beamtenbanken an die Preußenkasse führe in Zukunft eine genügende Kontrolle. Der vom Abgeordneten Simon (Soz.) geforderte allgemeine Härteparagraf im Besoldungsgesetz sei wegen der Finanznot nicht durchführbar. In einem Abwand der Beamtengehälter denke das Finanzministerium weder im Reich noch in Preußen. Die Vermehrung der Zahl der Angestellten sei nur scheinbar; es handle sich um die Entlassung von Angestellten, die zum Beispiel bei den Landräten schon immer vorhanden gewesen seien. Auf dem Boden des Berufsbeamtenums stünden alle Parteien und vor allem die Regierung. Nächste Sitzung Mittwoch.

Die Pläne der Delmagnaten

Politische Enthüllungen im Tschermongensprozess.

In der Dienstagssitzung des Tschermongensprozesses war das Verhalten des Reichsanwaltes Beer, der die beiden Georgier verteidigt, insofern von Interesse, als darin Einzelheiten des englisch-deutschen Kampfs gegen die Sowjetunion zur Sprache kamen. Der Verteidiger des Angeklagten Bell hatte bereits am letzten Donnerstag versucht, aus Kapitän Ehrhardt über "Aufmarschpläne" des Generals Hoffmann etwas herauszuholen, aber vergeblich.

Um die internationale Bedeutung der politischen Pläne Karumbidzes und Sadatpraskwits ins rechte Licht zu rücken, unterbreitete Reichsanwalt Beer dem Gericht die Tagesordnung der Londoner Konferenz vom 2. bis 10. November 1926, in der außer dem Georgier Karumbidze und dem Präsidenten des Völkerkomitees, Ketta, der General Hoffmann, ferner die Engländer Sir Henry Deterding und der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Sir Loder, Campilan, teilgenommen haben. Diese Konferenz, die die Bekämpfung des Bolschewismus bezweckte, wurde damals als strengstes Geheimnis gehalten, kam aber trotzdem an die Öffentlichkeit.

Das Originalprotokoll dieser Sitzung konnte nicht vorgelegt werden, weil es eigenhändige handschriftliche Deterdings, des Delmagnaten, enthält und deswegen nicht herausgelassen wird. Die Abschrift will der Verteidiger aus London bekommen haben. Die Witwe des Generals wird als Zeugin dafür genannt, daß Hoffmann tatsächlich mit diesem Protokoll zur Konferenz gefahren sei. Außerdem wurde Deterding und das englische Auswärtige Amt als Zeugen benannt.

In einem allgemeiner Teil wird das Verhältnis der europäischen Staaten zu Sowjetland und zum Bolschewismus behandelt und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktion Englands und Deutschlands hervorgehoben. Dann folgen die speziellen Vorschläge: Deutschland liefert die militärische Führung, Managanten und Kriegsmaterial, England beugt sich mit der Finanzierung. In diesem Zusammenhang wurden die Aufmarschpläne entworfen. Sowjetland war ja dem General Hoffmann bekannt, hat strategisch gegen bekannt. Die Pläne sollte in der Weise gestellt werden, daß der England der

die Kapitalquellen zuteilen, Deutschland Siedlungsboden für seine Kriegsteilnehmer bestimme.

Aus diesen großartigen Unternehmungen ist dann nichts geworden, weil sie vorzeitig bekannt wurden. Dafür wurde das Experiment mit den Tschermongens eingeleitet, von dem Hoffmann und Deterding sicher Kenntnis erhalten haben.

SP. Berlin für Ausdehnung der Krisenfürsorge

Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat im Berliner Stadtparlament folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt: Der Magistrat wird ersucht, unverzüglich mit dem Landesarbeitsamt Brandenburg in Verbindung zu treten zwecks Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle in der Arbeitslosenversicherung ausgefallenen Arbeitslosen.

Verlagen der mecklenburgischen Rechtsregierung

In der Dienstagssitzung des mecklenburgischen Landtages erklärte Finanzminister Haack, daß die Regierung sich mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Eigenstaatlichkeit Mecklenburg-Schwerins einsetzen werde. Die Lage der Finanzen sei zwar nicht rosig, aber auch nicht hoffnungslos. Die Regierung sehe sich nicht in der Lage, eine Senkung der Steuern vorzunehmen. Steuererhöhungen halte sie angehtichts der allgemeinen Wirtschaftslage jedoch ebenfalls für unmöglich.

Der sozialdemokratische Sprecher, der frühere Finanzminister Asch, übte scharfe, jedoch scharfe Kritik an der Finanzpolitik der Rechtsregierung, wobei er unterstrich, daß das Rechtsministerium und die hinter ihm stehenden Parteien die im Wahlkampf versprochene Senkung der Steuern nicht durchgeführt habe. Man habe der früheren Linksregierung Steuerablässe vorgeworfen, jetzt erhebe aber die Rechtsregierung die gleichen Steuern. Die sozialdemokratische Fraktion wende sich vor allem gegen die Drohung der sozialen Ansätze. Die Mittel für die Siedlungs- und den Bau von Landarbeiterwohnungen seien besonders stark zusammengeknipst worden. Die Regierung tue nichts für die Beseitigung der großen Arbeitslosigkeit.

Von den Saarverhandlungen

Die Verhandlungen stocken.

Paris, 4. Februar. (Eig. Drahtb.)

Der Führer der französischen Delegation bei den deutsch-französischen Saarverhandlungen, der Minister für öffentliche Arbeiten, Bernot, erklärte am Dienstag Vertretern der französischen Presse, daß vorläufig keine gemeinsame Kommissionsitzung der Unterhändler stattfinden würde. Die französische Delegation sei noch mit der Prüfung des deutschen Memorandums beschäftigt, das die französischen Ansprüche durchaus nicht befriedige. Frankreich gedente vor der Hand keine neue Initiative zu ergreifen, da es den Deutschen, von denen die Anregung zu den Verhandlungen ausging, obliegen, Vorschläge zu machen. Falls keine Einigung zu erzielen wäre, so könne daher die Verantwortung lediglich die deutsche Delegation treffen.

Kompromiß Macdonalds mit dem Oberhaus

Im Kampf um die Arbeitslosenversicherung

London, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der drohende Verfassungskonflikt zwischen Oberhaus und Unterhaus, der unter Umständen eine Auflösung des Parlaments und Neuwahlen nötig gemacht hätte, im gegenwärtigen Augenblick vermieden werden wird. Man ist sich jedoch auf Seiten der Arbeiterpartei klar, daß die Frage nur aufgehoben und nicht aufgehoben ist und der Streit bei einer späteren Gelegenheit wiederum ausbrechen wird.

Am Dienstag vormittag gab Macdonald in der Fraktion der Arbeiterpartei eine Darstellung der durch den Änderungsantrag des Oberhauses geschaffenen Lage. Macdonald betonte, daß drei Wege offen ständen: eine Annahme des Änderungsantrages des Oberhauses, eine Aufrechterhaltung des Gesetzesentwurfes in seiner ursprünglichen Form und damit praktischer Verzicht auf dieses Gesetz sowie die Annahme des Änderungsantrages des Oberhauses in einer veränderten Form. Da die uneränderte Annahme der Vor schläge des Oberhauses eine Kapitulation der Regierung bedeuten würde, das Beharren auf dem ursprünglichen Gesetzestext jedoch zu einer sofortigen politischen Krise führen würde, hat die Regierung den dritten Weg und damit ein Kompromiß gewählt. Dieses Kompromiß sieht im Gegensatz zu dem ursprünglichen Text des Entwurfes eine zeitliche Behandlung der Gesetzgebung durch die Arbeitslosenversicherungsbill vor, setzt jedoch anstelle der vom Oberhaus vorgeschlagenen einjährigen Dauer eine dreijährige Gültigkeit des Gesetzes. Die Fraktion der Arbeiterpartei war durch den Vorschlag Macdonalds in einige Verlegenheit veretzt worden, da eine starke Minderheit die Neuwahlen im Zeichen des jederzeit populären Kampfes gegen das Oberhaus begrüßt hätte. Die Bedenken gegen Neuwahlen erwiesen sich jedoch als finanziellen und politischen Gründen, insbesondere infolge der in London tagenden Flottenkonferenz, als ausschlaggebend; die Fraktion gab daher dem Kompromißvorschlag der Regierung ihre Zustimmung.

Da das Kompromiß einen Sieg des Oberhauses nach der grundsätzlichen Richtung hin darstellt, auf der anderen Seite die Gesetzgebung des Entwurfes der Regierung in seiner schädlich veränderten Form liefert, wird die drohende Krise in London als überwunden betrachtet. Die weitere parlamentarische Erledigung des Entwurfes wird nunmehr auf folgende Weise vor sich gehen: Die Regierung hat dem Unterhaus am Dienstag abend den Änderungsantrag des Oberhauses in seiner veränderten Form vorgelesen, worauf das Oberhaus über das Gesetz in seiner veränderten Fassung zu entscheiden haben wird. Das Kompromiß der Regierung wird in konservativen Kreisen als ungenügend betrachtet, jedoch wird mit seiner Annahme durch die Lords gerechnet, nachdem die Regierung keinerlei Zweifel darüber gelassen hat, daß sie ihren Vorschlag als die Grenze ihres Entgegenkommens gegenüber dem Oberhaus betrachtet.

London, 5. Februar.

Im Unterhaus brachte gestern Premierminister Macdonald den Vermittlungsantrag ein, die Gültigkeitsdauer des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf drei Jahre festzusetzen. Er erklärte, das Oberhaus habe mit seinem Vorschlag die Gültigkeit des Gesetzes auf ein Jahr zu beschränken, einen Schlag gegen die Privilegien des Unterhauses begangen. Wenn die Regierung die Vorlage fallen ließe, am ihr nach drei Sessionen gemäß der Parlamentsakte ohne Rücksicht auf die Haltung der Lords Gültigkeit zu verschaffen, dann würde der Arbeitslosenfonds völlig erschöpft sein und die Arbeitslosen würden der Armenunterstützung zur Last fallen. Der Antrag der Regierung

wurde schließlich einstimmig angenommen und die Vorlage geht jetzt in der neuen Form an das Oberhaus zurück.

Einigung

über das englische Bergbaugesetz

London, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Verhandlungen zwischen dem Handelsminister Graham und den Liberalen, die auf eine Einigung der parlamentarischen Mehrheit für die Bergbaugesetzgebung abzielten, sind zum Abschluß gekommen.

Die Regierung hat jenen Teil des Gesetzes, der von den Zusammenschlußtendenzen in der Industrie handelt, liberalen Wünschen entsprechend abgeändert und dafür von den Liberalen bindende Zusagen hinsichtlich des ersten Teiles des Gesetzes erhalten. Damit sind die parlamentarischen Schwierigkeiten für das Gesetz im wesentlichen aus dem Wege geräumt und die Regierung ist in der Lage, der drohenden Obstruktion durch die Konservativen, die am Dienstag abend im Unterhaus bereits deutlich zu erkennen war, durch die Anwendung der sogenannten Guiltotine wirksam entgegenzutreten.

Die von der Regierung der Liberalen gemachten Konzeptionen wurden in der Fraktionsitzung der Arbeiterpartei am Dienstag von den Bergarbeitern stark kritisiert. Handelsminister Graham vermochte jedoch einen großen Teil der Befürchtungen durch den Hinweis zu zerstreuen, daß die geplanten Verkaufsorganisationen und die auf das Gesetz damit zusammenhängende halbstaatliche Herabsetzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau durch die Besprechungen mit den Liberalen praktisch gesichert worden seien.

Die Absichten der spanischen Regierung

Madrid, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der spanische Ministerpräsident, General Berenguer, erklärte am Dienstag dem Vertreter des Pariser "Intransigence", das Programm der neuen spanischen Regierung lasse sich in einem Wort zusammenfassen: Konstitutionelles Regime. Der Übergang von der Diktatur zum parlamentarischen Regime könne jedoch nur schrittweise, nach Zurücklegung verschiedener Stufen erreicht werden.

Auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung habe die Regierung die Absicht, die parlamentarischen Kommissionen, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen arbeiten, vorderhand weiter bestehen zu lassen. Was die Neuwahlen betrifft, so sei ihr Termin noch nicht festgesetzt worden. Die Regierung werde sich hüten, die Ereignisse zu überstürzen.

Ueber die Intentionen des Exorbitanten Primo de Rivera befragt, der vor einigen Tagen in einer Erklärung an die Presse behauptet hat, er könne auf mindestens 500.000 ihm treu ergebene Mannen, die in der spanischen Patriotenliga zusammengeschlossen seien, rechnen, zeigte sich General Berenguer äußerst skeptisch. Er erklärte, die Erläuterungen Primo de Riveras müßten wohl richtig sein, da Primo de Rivera sein Freund sei. Er begleitete seine Worte aber mit einem sehr skeptischen Lächeln und zeigte sich offenbar bemüht, das heikle Thema zu vermeiden. Schließlich erklärte Berenguer, er sei nicht Politiker schlechthin. Er gehöre weder der konservativen, noch der liberalen Partei an: "Ich bin General, und das ist alles."

Madrid, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der neue spanische Ministerpräsident hat den bekannten republikanischen Schriftsteller Unamuno, der unter der Ministerpräsidentenschaft Primo de Riveras nach Paris flüchtete, amnestiert. Es verriet, daß Unamuno schon in nächster Zeit nach Spanien zurückkehren wird.

Paris, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der ehemalige spanische Ministerpräsident Romanones, Führer der Liberalen, erklärte im "Matin", daß die Übergangszeit bis zur Wiederkehr einer parlamentarischen Verfassung in Spanien mindestens noch bis zum nächsten Jahre dauern werde. Es seien drei verschiedene Wahlen vorzunehmen: die Kommunalwahlen, die Provinzialwahlen und endlich die Wahlen zur Kammer und zum Senat. Gleichzeitig machte Romanones den Vorschlag, daß die Linksparteien von den monarchistischen Liberalen bis zu den Republikanern und den Sozialisten ein gemeinsames Wahlkartell bilden, um sich so künftig der parlamentarischen Mehrheit zu sichern. In der neuen Verfassung, die sich Spanien geben müßte, müßten vor allem die Rechte der Krone eingeschränkt werden. Das Abenteuer der Diktatur habe gezeigt, daß es ein allzu gefährliches Recht sei, wenn der König das Parlament jederzeit ohne weiteres auflösen könne. Der Arme müsse dann aber auch jede politische Betätigung unmöglich gemacht werden. Die Generale gehörten in die Kaserne, nicht in den politischen Tageskampf.

Der spanische Schriftsteller Unamuno hat am Dienstag die telegraphische Aufforderung der Universität Salamanka erhalten, wieder nach Spanien zurückzukehren und sein Amt als Rektor der Universität wieder zu übernehmen.

Das internationale Arbeitsamt und die Kohlenfrage

Der erste Sitzungstag des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts war völlig der Frage gewidmet, ob die Arbeitszeit in den Kohlengruben auf die Tagesordnung der diesjährigen Arbeitskonferenz gesetzt werden solle oder nicht, ohne daß es gelang, die bewegte und zeitweise erregte Debatte abzuschließen und zur Abstimmung zu schreiten.

Im Laufe der Debatte schieden sich drei Gruppen. Die eine tritt für einen englisch-französischen Antrag ein, der die Einreichung auf die Tagesordnung wünscht, und der Konferenz selbst die Entscheidung überlassen will, ob sie die Beratungen der Kohlenländer-Konferenz als erste Sitzung anerkennen, oder selbst erst in erster Lesung beraten will. Für diese Entschiedenheit traten die Arbeitnehmer und von den Regierungen Deutschland, Frankreich, England, Spanien, Belgien und ein Teil Japan, Indien und Kanada ein, während Polen sich ziemlich ablehnend aussprach und Italien und Norwegen sich noch nicht äußerten. Die zweite Gruppe hat sich um den Antrag des südafrikanischen Arbeitgebers gebildet, der mit der Behandlung durch die Arbeitskonferenz einverstanden ist, wenn der Verwaltungsrat ausdrücklich erklärt, daß das eventuelle Abkommen nur die europäischen Länder betreffe. Die überseitsigen Regierungen und anschließend auch England sind zur Annahme dieser Entscheidung geneigt, während Frankreichs Regierungsdirektor und Sowjetland dieser Auffassung gegenüber betonten, daß die eventuelle Konvention international offen stehen und Ausgangspunkt eines neuen internationalen Konvention sein müsse. Die Arbeitgebergruppe ist durch das Vorgehen des Südafrikaners gepalmt. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß bei Nichtannahme des südafrikanischen Antrages die überseitsigen Staaten nicht für die Übernahme auf die Tagesordnung für den englisch-französischen Regierungsantrag stimmen werden. Als diesen Fall bedeutet ein Antrag des italienischen Arbeitgebers, hinter dem die Arbeitgebergruppen bis auf den Südafrikaner stehen, eine große Gefahr. Dieser Antrag erklärt die Kohlenfrage nicht mehr im Prinzip und schlägt vor, bei Gelegenheit einer neuen technischen Konferenz zur Behandlung der Kohlenfrage in der ersten Konferenz nicht entschieden zu werden. Eine Sonderkommission nimmt der Konferenz Schiedsamt ein, das in einer, in der Fraktion vorher nicht besprochenen Rede erklärte, daß er für die Behandlung der Arbeitszeit im Bergbau auf der Arbeitskonferenz nicht eintritt, wenn die Bedingungen erfüllt sind, die die Arbeiter nicht nur bei Kohlengruben, sondern auch aller übrigen Bergwerke behandelt werden und zweitens eine Konvention für alle auf die überseitsigen Länder ausgebreitet wurde.

Gamillen-Anzeigen

Am 2. Februar, 19 1/2 Uhr, verstarb plötzlich und unerwartet infolge Herzschlages, im 36. Lebensjahre, unser lieber Vater, Schwiegervater, Bruder und Schwager

Gustav Klante

Breslau, den 5. Februar 1930
Zehnterstr. 16

Dies selgen teilhaftig an:
Die trauernden Kinder u. Anverwandten

Beerdigung: Donnerstag, 6. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Friedhofes Cosel nach Teil Barbara.

Am 2. Februar verstarb plötzlich unser langjähriges Mitglied

Gustav Klante

im Alter von 36 Jahren.
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder der Begräbniskasse Archimedes.
Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle St. Paulus in Cosel, nach Teil Barbara.

Am 3. Februar verschied nach längerem Leiden unser Mitglied

Paul Kornetzky

im Alter von 45 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Scharpenkasse der städtischen Wasserwerke.
Beerdigung: Donnerstag, den 6. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle III des Friedhofes Gräbchen.

Das altbewährte, natürliche Volksheilmittel
Echter, reiner Gebirgs-Wacholdersaft

in bestbekannter Qualität zu haben in der
Hygiea-Apotheke
Breslau, Tauentzienstr. 91, Ecke Gräbstr.

WAPPENHOF

Heute sowie täglich ab 4 Uhr:
Große Nachmittags-Vorstellung
mit dem internationalen Programm
11. Vasilev-Attraktionen Eintritt 30 Pf.
Heute Mittwoch u. morgen Donnerstag
Ab 8 Uhr: **Abendvorstellung mit Ball**
2 Kapellen.

Aufrichtigsten Dank

allen, die durch Beileidsbezeugungen beim Ableben unseres Jungen

Ernst Timm

Ihrer Teilnahme an dem schweren, unersetzlichen Verlust Ausdruck gaben. Es ist uns unmöglich, jedem einzelnen die Hand zu drücken. Empfingt unseren Dank so innig, wie wir die Teilnahme entgegennahmen.

Ida und Hans Timm.

Stadt-Theater
(Opernhaus)

Mittwoch 422
20 bis nach 22.15 Uhr
12. Ab. Vorstell. Serie B
Tosca.
Donnerstag
19.30 bis gegen 23 Uhr
12. Ab. Vorstell. Serie E
Die Hochzeit des Figaro.
Freitag
19.30 bis gegen 23 Uhr
12. Ab. Vorstell. Serie C
Tannhäuser.

Schauspielhaus

Operettenbühne
Tel. 36300, Tagl. 8 Uhr
Klassische Leistung:
Dir. Hans Lipschitz
Letzte 2 Tage
Mittwoch u. Donnerstag
8 Uhr
Gastspiel
Erni Jolan
Walter Jankuhn
Der Bettelstudent

Operette in 3 Akten
von Carl Millöcker
Morgen Donnerstag
8 Uhr
Letztes Kulturen
Walter Jankuhn
Der Bettelstudent.
Freitag, den 7. 8 Uhr:
Première!
Der Welterfolg
Das Land des Lächelns

Lobe-Theater

Telefon 59747
Täglich 20,15 Uhr:
Judith
Sonnabend, Sonntag,
20,15 Uhr:
... Vater sein dagegen sehr!

Thalia-Theater

Telefon 38747
Täglich 20,15 Uhr
Die Dreigroschenoper

... und abends 8 Uhr zu Lieblich

Circus Busch

Schau-Arena
Täglich 8 1/2 Uhr:
Ringkämpfe
um die Meisterschaft von Deutschland 1930
Heute ringen:
Kämpfer - van Dolk
Gurski - Peterson
Wolke - Ahrens
Gräselson - Pobitas

Schlafzimmer

echt Eiche, moderne Form, vollständig, komplett **RM. 635.-**
S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65, I.

Bräuers Festsäle

Gebiltsstraße 22
Heute Mittwoch:
Verkehrter Ball
Jeden Sonntag: **Gesellschaftstanz**

Leder - Sohlen - Bedarfsartikel

da geringe Umföhen
preiswert bei höchster Qualität
nur Klosterstr. 17, Hof 1
Moritz Lemberg Nachf.

Möbel

ohne Anzahlung
niedrigste Ratenzahlungen
Zuschreiben mit. N. 747
a.d. Geschäftsst. b. Btg. erb.
Druckerei Volkswacht
fertigt moderne Druckfachen
Breslau 2 Kurlstr. 4/8

Benutze die Buchkarte!

Für 50 Pf. wöchentlich
kannst Du Dir geliebte
Sätze von unermesslichem Wert erwerben!
Wende Dich sofort an unsere
Buchhandlung
Neue Grapenstraße 5

Jack London

Remittenden-Exemplare

- In den Wäldern des Nordens**
Aus der Goldgräberzeit in Klondike
- Ein Sohn der Sonne**
Abenteuerfahrten in der Südfsee
- König Alkohol**
Ein aut biographischer Roman
- Mondgesicht**
Seltsame Geschichten
- Michael, Ferrys Bruder**
Zerfahrten eines Hundes
- Der Seewolf**
Bei den Robbenfängern der Beringsee
- Südfseegeschichten**
Aus der Injietwelt des Stillen Ozeans
- Ruf des Goldes**
Im Lande des Goldrauschs

- Abenteurer des Schienenstranges**
Trampfahrten durch Nordamerika
- Der Sohn des Wolfs**
Kurzgeschichte. ... Alaska
- Martin Eden**
Entwicklungsroman in zwei Bänden
- Infer Berande**
... Abenteuerroman
- Jerry, der Insulaner**
Der Roman eines Hundes
- Die eiserne Ferte**
Ein sozialer Roman
- Menschen der Tiefe**
Aus dem Londoner East-End
- Der Hote**
Erolliche Erzählungen

Wolfsblut

Die Schicksale eines Wolfshundes

Jeder Band in Ganzleinen statt 4.80 nur **4.00**

Volkswacht-Buchhandlungen

Neue Eisenstr. 5 • Friedrichstr. 103 • Hauptstr. 4



„Das Leben ist nicht so einfach wie Kuchenessen!“

Wahres Dichterwort, die Beiden da am Hochofen können ein Lied davon singen, sie kennen den Alltag. Aber beide sind noch stark, halten zusammen, gute Kameraden sind es, Kameraden am Hochofen, Kameraden in spärlichen Feierstunden. Nein, sie sind noch nicht mürbe geworden — sie lassen sich nicht klein kriegen, die Beiden am Hochofen, sie haben das Lachen noch nicht verloren. Eines hält sie, eines macht sie stark: Die Idee, die Zuversicht, der Glaube an eine bessere Zukunft. Feierstunde ist karg für die beiden Freunde, für die Kameraden im Alltag — aber sie haben doch noch Zeit, für eine gute Sache zu kämpfen. Der eine ist heute ein wenig mürrisch, ein wenig neidisch auf den Freund. Hat er es doch fertig gebracht, gestern einen neuen Leser für beider Blatt, für die „Volkswacht“ zu werben. Aber warte nur, morgen sind wir wieder gleich auf gleich, denk schon an einen, den ich morgen überzeugen werde, sollst mir nicht zuvorkommen! Pack' zu! Gleich ist Feierstunde — Pfeife angezündet, die „Volkswacht“ gelesen. Und morgen bring' ich einen neuen Abonnenten!

Sie sind sich keiner Schuld bewusst

erklären die Angeklagten im Molinari-Prozess — Die Gefälligkeitsauskünfte der Firma bereits 1923 in großen Zahlungsschwierigkeiten — Schleppende Verhandlungen

Der zweite Verhandlungstag, der eine vorläufige Beendigung der Verhandlungen brachte, verlief bei ganz wenig festem Zuhörerraum nicht viel interessanter wie der erste Tag. Schon gesagt, wird man hinter die Geschäftshelmschilde der Firma Molinari erst dann kommen, wenn die Sachverständigen vernommen werden. Etwas mehr als bei der ersten Zeugenvernehmung bereits der Richter läßt. Von diesen dürften wieder von besonderer Bedeutung die Aussagen der leitenden Angestellten der schließlichen Bank sein, wie auch die Aussagen früherer Angehöriger der Firma Molinari, gegen die zum Teil zunächst Verurteilungen eingeleitet worden war, dieses später aber eingestellt wurde. Mit großem Interesse werden vor allem auch die Aussagen jener Firmen erwartet, die der Firma Molinari Gefälligkeitsauskünfte gaben. Wie am zweiten Verhandlungstage zur Sprache kam, soll sich Molinari gegen diese Firmen auch dadurch bemühen, daß er über diese günstige Auskünfte Kenntnis gegeben hat, daß in allen diesen Fällen Urkunden nicht bestanden, sondern die Firma Molinari nach dem Ermessen Auskünfte erteilte. Molinari erwidert darauf, er habe, je nach seinen geschäftlichen Erfahrungen, die er mit den Firmen gemacht hat, gegeben habe. Eine Reihe von Empfehlungen, die die Firma schon im Jahre 1923 gegeben hat und die verlesen wurden, lassen erkennen, daß sich die Firma Molinari damals schon in erheblichen Zahlungsschwierigkeiten befand. Zu jener Zeit hatten auch die ersten Gerichte um, vor allem auch an den Hamburger Börsen, daß sich die Firma Molinari in Zahlungsunfähigkeit befinde. Im diesen Gerichten entgegenzutreten, wolle die Firma ein Kundschreiben zur Vergebung, in welchem die Weiterverbreitung der Gerichte gewarnt wurde. Wie sowohl Molinari als auch Erzmetz mit Nachdruck betonen, sei niemals davon gesprochen oder auch niemals daran gedacht worden, daß die Firma ins Stocken geraten könnte. Sie wußten, hinter ihnen steht die Landeskassische Bank; denn an dem Weiterbestehen der Firma Molinari hätte die Landeskassische Bank ein ebenso großes Interesse gehabt, wie die Inhaber selbst. Molinari und Erzmetz ist auch öfters eine Aussprache folgt über die Höhe der vorhandenen Schulden, doch da am Landeskassische Bank sehr gut verdient wurde, glaubte man über den Weg hinweg zu kommen. Die Landeskassische Bank habe auch sämtliche Sicherheiten in der Hand gehabt hätte, sei immer genau über die Bilanzen der Firma unterrichtet gewesen, ebenso sei es auch der Bank genau bekannt gewesen, daß die Wechsel Gefälligkeitsauskünfte waren. Die Verwandtschaft des Molinari, die ihrerseits versucht hatte, die Firma zu stützen, wurde durch den Zusammenbruch um 600.000 Mark gekündigt. Besonders an der Geschäftshandhabung der Firma Molinari ist u. a. auch, daß sie für die Gelder von der Landeskassischen Bank mehr wie den doppelten Zinsfuß zahlen mußte.

So brachte also auch der zweite Verhandlungstag keine Klärung der verwinkelten Geschichte der Firma Molinari; denn sämtliche Angeklagte behaupteten auch weiter, sie seien keiner strafbaren Handlungen bewusst zu sein. Für jeden Punkt der Anklage haben sie eine Erklärung bereit, und die Taktik, die sie offenbar in der Voruntersuchung eingeschlagen hatten, einander gegenseitig reinzureden, haben sie der Hauptverhandlung völlig aufgegeben, denn jetzt versucht jeder den anderen, soweit es nur irgend möglich ist, zu schlingen. Der bisherige Verlauf des Prozesses läßt darauf schließen, daß die Vernehmung der Sachverständigen, vielleicht auch der Zeugen, der erhebliche Überzahlungen bedürftigen. Der Mittwoch bleibt Verhandlungsfrei und für Donnerstag früh sind dann die ersten Zeugen geladen.

auch noch auf der Straße herum, als ahnungslos die Reichsbannergruppe, etwa 20 bis 30 Jugendliche, anmarschiert kam. Sofort pflüchten die untenstehenden Rechtsradikalen ihren ganzen Anhang zusammen. Es bot sich hier nach der mißglückten Versammlungspredigt gleich noch einmal eine ausgezeichnete Gelegenheit, seinen Tatenrang zu bekräftigen. Rechts und links von der Reichsbannergruppe wurde ein Spalt gebildet und die lästlichen Beschimpfungen, wie Judenschütztruppe, Landesverräter usw. wurden laut. Außerdem stimmten die Beteiligten das Lied „Sanktens Kreuz am Stahlhelm“ an. Der Führer der Gruppe des Reichsbanners, der darauf achtete, daß niemand die Wöflein beachtet oder beantwortet, wurde abgebrängt, der kleinste Jugendliche erhielt Schläge und eine größere Rote wollte die Fahne des Reichsbanners erheben, wobei es ebenfalls zu einer Schlägerei kam. Es gelang dem Führer schließlich, seine Gruppe weiterzuführen und nun riefen Stahlhelmer über einen Zivilisten her, der sich über das Verhalten der Rowdys empört hatte. Als die noch vom Versammlungsgelände in der Nähe befindliche Polizei anrückte, schloß sie das Pack, und nur der 24 Jahre alte Kaufmann Walter Clemens aus der Michaelisstraße konnte als ein Beteiligter namhaft gemacht und festgenommen werden. Später wurde auch noch der 23jährige Weinküfer Ottokar Kirchoff aus der Weidenstraße als ein Hauptbeteiligter ermittelt. Vom erweiterten Schöffengericht waren beide verurteilt worden. Kirchoff erhielt wegen schweren Landfriedensbruchs 8 Monate und Clemens wegen einfachen Landfriedensbruchs 5 Monate Gefängnis.

Die Staatsanwaltschaft, die für beide Angeklagte ein Jahr Gefängnis beantragt hatte, legte ebenso wie die Angeklagten,

gegen das Urteil Berufung ein, so daß sich jetzt die Erste Strafkammer des Landgerichts nochmals mit dem Überfall beschäftigen mußte. Im Verlaufe der neunstündigen Verhandlung wurden 24 Zeugen vernommen und es ergab sich im wesentlichen das gleiche Bild, wie bei der ersten Verhandlung. Die Verteidiger, Rechtsanwalt Frisch und Rechtsanwalt Kiediger, hatten noch ein paar Entlastungszeugen geladen, die geladen haben sollten, daß gerade die Angeklagten unbeteiligt gewesen seien. Diese neuen Zeugen wollen die Angeklagten von der Lieblichshöhe herunterkommen geladen haben, als die Anwohnerüberzeugungen vorbei waren. Wie verwerfbar diese Zeugenaussagen waren, ergab sich schon aus den Aussagen des Angeklagten Clemens selbst, der zugeb, der Reichsbannergruppe höhnliche Bemerkungen zugerufen zu haben, wie: „Ihr seid ja schon diszipliniert!“ Auch die neuen Zeugen, die zwei Reichsbannerjugendliche aus dem Zuge herausbringen geladen haben wollen, konnten die gegenteiligen Angaben nicht erkräftigen. Vieles faulträchtig auf der Straße veranlaßt den Staatsanwalt gegen beide Angeklagte auf schweren Landfriedensbruch zu plädieren. Durch glaubwürdige Zeugen sei die Beteiligung an der Zusammenrottung und Ausschreitung erwiesen und wenn auch der Hauptführer entkommen sei, so habe sich doch aus der Beweisaufnahme ergeben, daß beide Angeklagte sich führend bei der Aktion beteiligt haben.

Die Verteidigung drehte den Spieß um und brachte zum Ausdruck, daß ein Zeuge aus dem Publikum, der gar nicht dem Reichsbanner angehört, eigentlich auf die Anklagebank gehöre. Es handelte sich dabei um einen Mann, der sich über das Verhalten der Stahlhelmschützen empört hatte und deshalb geschlagen wurde. Alle Zeugen der Stahlhelmer hatten sich darauf geeinigt, daß er betrunken gewesen sei, während der einschreitende Polizeioberleutnant dies nicht bestätigte. Andererseits war dieser von der Verteidigung als unglaubwürdig hingestellt. Zeuge der gleichen Verteidigung durchaus glaubwürdig mit der Angabe, es wäre das Deutschland gelungen worden. Es wäre wirklich schon weit, wenn deshalb Menschen bestraft werden sollten.

Das Gericht verwurft die Berufung der Staatsanwaltschaft, die, wie in der ersten Verhandlung, je ein Jahr Gefängnis beantragte. Auch die Berufung der Angeklagten wurde verworfen mit der Maßgabe, daß Clemens wegen einfachen Landfriedensbruchs zu drei Monaten Gefängnis und Kirchoff wegen schweren Landfriedensbruchs zu der Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt werden. Die Entscheidung über eine Strafmilderung wurde der ersten Instanz überlassen.

8000 Betrugsanzeigen im Jahr

Was ein Jahresbericht des Betrugsbezernates erzählt

Waren- und Kreditbetrug stehen an der Spitze — Betrügerische Wohnungsvermittler — Die sogenannten Wechselfahrer — Nur 18 Prozent der Anzeigen führen zur Inflagenerhebung

Die große Not der Zeit hat auch eine Zunahme betrügerischer Machenschaften gegenüber früher im Gefolge gehabt, die hier in Breslau im Jahre 1928 zu der Rekordzahl von 8000 Betrugsanzeigen führte. Im Berichtsjahre hat sich diese Zahl auf ungefähr gleicher Höhe gehalten, da 7500 Betrugsanzeigen eingelaufen sind. Dieser große Umfang der Betrugsanzeigen macht es notwendig, daß zwei Dienststellen, das 10. und 11. Kriminalkommissariat mit der Bearbeitung der Betrugsdelikte beauftragt werden. Bei den von Jahr zu Jahr raffinierteren und rücksichtsloser werdenden Arbeitsmethoden der Betrüger erscheint ein näheres Eingehen auf die einzelnen Arten der Betrugsereien im Interesse der Allgemeinheit geboten.

Den Hauptteil am Betrugsverkehr machen die Waren- und Kreditbetrug. Hier sind vor allem die betrügerischen Abzahlungskäufer zu erwähnen, die sich durch eine geringe Anzahlung oft in den Besitz wertvollster Waren setzen und dann die weiteren

Ratenzahlungen nicht mehr leisten. Hier kann nur eine sorgfältige Prüfung der Kreditfähigkeit des Käufers vor späterem Schaden schützen.

Häufig ist auch der Provisionsbetrüger, der mit falschen Bestellscheinen arbeitet, und zum Erfolge gelangt, wenn der Kaufmann sich nicht vor Auszahlung der Provision davon überzeugt, daß die Aufträge tatsächlich vorliegen.

Die Hypotheken- und Darlehenswindler nutzen die derzeitige Geldknappheit aus, um mit angeblich billigerem Gelde kapitalhungrigen Leuten unter die Arme zu greifen, wobei es ihnen nur darauf ankommt, angebliche und zwar sehr hohe Vermittlungskosten und -kosten herauszuschlagen. Viele Wohnungsuchende werden oft das Opfer sogenannter Wohnungsvermittler, werden ihr Geld für Vermittlungsgebühren los, ohne in den Besitz einer Wohnung zu gelangen. Der Kautionsbetrüger, besonders gefährlich, weil er seine Opfer fast durchweg in den wirtschaftlich schwachen Kreisen Stellungnehmender findet, arbeitet mit Versprechungen zur Beschaffung einer gesicherten Existenz gegen Kautionsstellung, wobei es ihm aber nur darauf ankommt, in den Besitz der Kautions zu gelangen. Es muß daher dringend angeraten werden, Kautionen bei Stellungsangeboten in Form gesperrter Sparkassenbücher den unbekanntenen neuen Arbeitgeber oder Stellungsvermittler zu überlassen.

Sehr häufige Betrugsarten sind weiterhin Wechselbetrug, Scheckbetrug, Falsch- und Unterschlagungsbetrug. Hingewiesen wird weiter auf die sogenannten Wechselfahrer (Wechselfallenschwindler), welche mit dem Traid arbeiten, in Geschäften, wo sie eine Kleinigkeit kaufen, um einen größeren Geldschein bitten, den sie in einen Briefumschlag stecken und ihn sofort verschleppen. Beim Aufzählen des Kleingeldes als Gegenwert für den großen Geldschein langt dieses dann nicht, worauf der Betrüger das Kleingeld an sich nimmt, den verschlossenen Brief mit dem großen Schein angeblich zurück gibt, um das fehlende Kleingeld zu holen. In Wirklichkeit hat er seinem Opfer einen gefälschten verpackten Brief mit Papierfälscheln zurückgelassen. Schließlich ist noch zu erwähnen, der sehr in Wästel stehende Heiratsbetrug, der sowohl von männlichen als auch von weiblichen Personen begangen wird. Ist das Opfer unter den mannigfaltigen Versprechungen und Überredungen genügend ausgeplündert, so verschwindet der Heiratschwindler für immer.

Stahlhelmer vor Gericht

Der Überfall auf eine Reichsbanner-Jugendgruppe am 28. April vorigen Jahres verübten Angehörige des Stahlhelms und anderer nationalsozialistischer Organisationen in vielfacher Uebermacht an der Lieblichshöhe einen Überfall auf eine ahnungslos anmarschierende Reichsbannerjugendgruppe. Die Stahlhelmer hatten an dem Sonntag vormittag eine von der Deutschen und der Polnischen Liga für Menschenrechte veranstaltete Verständigungskundgebung vorbereitet. Zu diesem Zwecke waren in der Nacht die Masten an den Lifschsäulen mit einem kleinen Zettel mit dem Aufdruck „Fällt aus!“ überklebt worden. Während durch diese Kampfmethode die Teilnehmer an der Kundgebung zum Nichterscheinen veranlaßt werden sollten, rückten die Rechtsradikalen in ziemlicher Stärke an und bemühten sich aufs eifrigste, die Versammlung zu sprengen. Die Polizei verhaftete aus dem Saale etwa 28 der Hauptschreier und so konnte die Versammlung bis zum Schluß durchgeführt werden. Nach Schluß begaben sich die Stahlhelmer auf die Lieblichshöhe und zu einem Teil standen sie

Ein Ereignis für Breslau

Auf der Durchreise von Wien nach Paris spricht der russische Regisseur **Victor Turin** am Sonntag vormittag im großen Saale des Gewerkschaftshauses über die **Filmkunst Sowjet-Russlands**. Teile aus den Standardwerken **Potemkin** — **Mutter** — **Turksib** werden mit verstärktem Orchester vorgeführt.

Theater und Musik

Thaltheater

Wiederaufführung der „Dreigroschenoper“

Es ist hoch erfreulich, daß Intendant Barnay sich entschlossen hat, die „Dreigroschenoper“ in diesem Jahre wiederum herauszubringen; erfreulich, einmal im Hinblick auf die bisherige Bestaltigung des Spielplanes, die ja — wie oft genug betont worden ist — nicht gerade glücklich genannt werden kann, sodann und vor allem, weil dieses Drama nach seinem Gehalt die Wiederaufführung verdient. Eine Würdigung seines künstlerischen Wertes und seiner immer gleichen Aktualität erübrigt sich, da es Grundzüge hierüber bereits bei der Erstaufführung des Stückes gelangt worden ist. Hier sei nur festgestellt, daß das Werk nicht nur nichts an Lebendigkeit eingebüßt hat, sondern daß man es unabweisbar einbüßt, erst beim zweiten Anhören, aber die primitivsten Bedingungen des Verhältnisses hinaus den Weg zu einem wirklichen Ueberleben des Ganzen beschritten zu haben.

Entscheidend erleichtert wurde solches Verstehen durch die ausgezeichnete Aufführung, die in E. noch erheblich besser war als die des vorigen Jahres. Die Spielleitung Joseph Keim's, welcher in der glücklichen Lage war, sich an die vorzügliche Inszenierung Paul Barnays halten zu können, hat es zuwege gebracht, daß alles diesmal noch gerasteter, klarer, lebendiger, übersichtlicher und geschlossener wirkte, daß das Tempo und das Zusammenspiel organischer war. Nur die dieser Konzentration und Einheitsart des Regiewillens entbehrt die außerordentlichen Einzellösungen erwachsen, die wir uns wünschen dürfen. Diesmal war Joseph Keim wirklich einwandlos, während man im Vorjahre das Gefühl nicht ganz los wurde, daß er seine Rolle ein wenig zu simpel aufspielte. Seine Partnerin, D. E. E. Dietrich, war ihm an Ueberzeugungs-

kraft und Originalität mindestens gewachsen; die selbstame Mischung aus Dummheit, Brutalität und Instinktsicherheit im Charakter der Polly vereinigte sich in ihrer Darstellung zu geheimerisvoller Größe. Alfred Scherzer und Käthe Habel-Reimers als Ehepaar Peachum hielten in ihren Leistungen das hohe Niveau der vorjährigen Aufführungen. Das Gleiche gilt von allen kleineren Rollen. Leider gelang es auch diesmal Alfred Habel nicht, der Gestalt des „Tiger-Brown“ scharfes Profil zu geben, und noch bebauerlicher ist es, daß Fräulein Albach aus der dankbaren Rolle der Lucy wenig zu machen verstand. Es ist nicht angängig, die „Dreigroschenoper“ durch billiges Operettegebaren zu degradieren. Besondere Erwähnung verdient noch der Sprechchor, der diesmal wirklich wichtig und eindringlich wirkte. Kapellmeister Hans Riege mit Senfferts Jazzorchester zeigte sich der schwierigen musikalischen Aufgabe, die ihm gestellt war, in jeder Hinsicht gewachsen.

Es ist ein erfreuliches Symptom für das literarische Qualitätsgefühl unseres Publikums, daß es begierter den Beifall spendete und auch Barnay vor die Rampe rief, wohl wissend, was auch an der diesjährigen Aufführung ihm zu verdanken war.

Wir möchten die vorstehenden Ausführungen über das Werk und die Wiederaufführung noch unterstreichen angesichts der blöden Anpassung des Intendanten durch den unentschiedenen Kritiker einer hiesigen, geistig besonders hochstehend dänischen (wer liest da?) Tageszeitung, der die dramatische Kunst nur durch die Parteibrille betrachten kann und die Wiederaufführung der „Dreigroschenoper“ mit der Krise der hiesigen Oper in Zusammenhang bringt.

Violinabend Viola Mitchell
Die junge amerikanische Geigerin Viola Mitchell spielte am Montag im großen Saal der Gesellschaft der Freunde. Von ihrem

Namen ging nicht genügend Zugkraft aus, um diesen bis auf den letzten Platz zu füllen. Musikinteressenten waren weniger erschienen. Dafür eine feudale Gesellschaft, die zu dem Kreis des hiesigen amerikanischen Konzils gehört. Mit ihrem sehr geminnenden Leukeren verbindet W. Mitchell ein solides, musikalisches Fundament und eine virtuose Technik, die sie sich in dem berühmten Eugene Wjage erworben hat. Das Spielmechanische verblüffte in der bravours wiederbegebenen Sonate für Violine allein von Wjage — ihrem Lehrer — und in dem „E-dur-Konzert“ Bach's. Doch das Virtuose als Selbstzweck hatte vor 15 Jahren seinen Kulminationspunkt. Heute wollen wir mehr die Persönlichkeit, die sich hinter dem Sprüchwort der Technik verbirgt, erleben. Die Künstlerin vermochte uns nicht Still und Größe Bach'scher Kunst aus dem Organismus und dem Wesen des Konzerts heraus zu verleben. Das Adagio blieb trotz des klaren Tons eine Leere. Die rhythmischen und bogentechnischen Akzente im Schlußsatz waren zu gewollt ausgelegt und täuschten damit Trische und Fälschungen an. Bach verlangt ein stiefes Eingedrungensein in den Text, den erst ein langes Studium erschließt. Bach's E-dur-Konzert will, wie alle Werke des großen Barockmeisters, von der Zelle her gebaut werden. Brahms's D-moll-Sonate erfordert das nicht in diesem Maße. Sie verzichtet auf technische Kunststücke und gibt dafür Gelegenheit zum Verweilen im Expressiven. Die Wiedergabe muß dem Musikalischen her erfolgen. Diesen Weg fand W. Mitchell. Mit warmem, von innen her belebtem Ton gab sie dem Stück eine erschöpfende Prägung. Bach und Brahms waren die besondere Leistung des Abends. Das andere nachfolgende ein sehr verlässlicher Solist von Bloch, Rabel und de Falla. In Hellmut Herzwald hatte die Künstlerin einen ausgezeichneten, pianistisch gemachten Begleiter zur Seite, der einen Teil des Erfolges auf sein Konto buchen kann.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Großverkauf: Reste bei Tietz

Von den 7500 Betrugsanzeigen, die im Berichtsjahre zur Anzeige gelangten, haben nur 18 Prozent, also 1350 Anzeigen zur Aufklarerhebung geführt, und auch von diesem Rest sind nur 678 oder 9 Prozent zu einer rechtskräftigen Verurteilung des Täters gelangt. Somit ist festzustellen, daß die für die Bearbeitung der Betrugsanzeigen aufgewandte Tätigkeit in keinem Verhältnis zu dem durch eine Verurteilung erzielten Enderfolge steht. Das liegt daran, daß das Publikum in großem Maße vermeintliche Betrugsfälle zur Anzeige bringt, wo es sich um rein zivilrechtliche Ansprüche handelt. Betrug hat zur Voraussetzung die (betrügerische) Absicht der Erreichung eines Vermögensvorteiles, die eingetretene Vermögensschädigung, die Vorpiegelung falscher Tatsachen und somit eine Irrtumserregung bei dem Geschädigten. Das Publikum handelt im eigenen Interesse, wenn es die Kriminalpolizei nicht zwecks von vermeintlichen Betrugsangelegenheiten überflutet, damit die Beamtenkraft zur Bekämpfung der wirklichen Betrüger und Parasiten am Wirtschaftsleben bei begründeten Betrugsangelegenheiten mit mehr Stoffkraft eingesetzt werden kann, und sich nicht in die fruchtlose Erörterung vermeintlicher Betrugsfälle verplüßert.

Steuerkalender für Februar 1930

- 5. Februar: Steuerabzug vom Lohnbetrage für die Zeit vom 1. bis 31. Januar. Keine Schonfrist.
- 10. Februar: Anmeldung und Zahlung der Körperschaftsteuer für Januar. Keine Schonfrist.
- 15. Februar: Einkommensteuer-Vorauszahlung der Landwirtschaft für das vierte Vierteljahr 1929 in Höhe eines Viertels der im letzten Bescheid festgesetzten Summe. Keine Schonfrist. Die anderen Steuerpflichtigen außer der Landwirtschaft haben Vorauszahlungen erst wieder im April zu leisten.
- 15. Februar: Vermögensteuer-Vorauszahlung. Der Zuschlag von 8 Prozent für 1929 ist neben der üblichen Vierteljahresrate zu zahlen. Keine Schonfrist.
- 15. Februar: Fristablauf für Einreichung der Lohnsteuerüberweisungslisten durch den Arbeitgeber für die auswärts wohnenden Arbeitnehmer. Fristablauf für Einreichung der Steuerkarten 1929 nebst Einlagebogen. Keine Schonfrist.
- 15. Februar: Grundvermögensteuer nebst Gemeindegewerbesteuer und Hauszinssteuer.
- 20. Februar: Steuerabzug vom Lohnbetrage für die Zeit vom 1. bis 15. Februar 1930. Keine Schonfrist.

Veranstaltung zur Bekämpfung der Brandstiftungen

Dieser Tage fand in dem Lehrsaal des Volksgewerkschaftsrats in Breslau eine Tagung von Richtern und Staatsanwälten sowie von Leitern der Kriminalpolizei statt, deren Zweck die Bekämpfung der gegenwärtigen Brandstiftungen war. Oberlandesgerichtspräsident Witke begrüßte namens der Justizverwaltung die Teilnehmer. Am ersten Tage sprach der Generaldirektor der Niederschlesischen Provinzial-Feuerlöschgesellschaft, Landesrat a. D. Langner, über „Die Brandstiftungen, ihre wirtschaftlichen Folgen und ihre Bekämpfung“, ferner der Kriminaldirektor Regierungsrat Vogel, Berlin, über „Technik des Brandstifters, seine Persönlichkeit und Beweggründe“. Generaldirektor Langner führte den Verlesenen der Teilnehmer vor Augen, welche ungeheure Zunahme die Brände in der Provinz Niederschlesien, aber auch im ganzen Reich zeigen, und daß unsere Wirtschaft dem völligen Ruin preisgegeben sei, wenn es nicht gelinge, der Brandstiftung Herr zu werden. Regierungsrat Vogel erläuterte durch Vorführung einer großen Zahl sehr interessanter Lichtbilder seine erfahrungsgemäßen Ausführungen. Am zweiten Tage behandelten Staatsanwalt v. Gellhorn-Glak „Die Mitwirkung des Staatsanwalts in Brandstiftungen“, und Landgerichtsdirektor Dr. Leske-Weis „Die Mitwirkung des Richters bei der Verfolgung und Aburteilung von Brandstiftungen“. Am ersten Nachmittag erläuterte Branddirektor Dr. Kaiser die Einrichtungen einer modernen Berufsfeuerwehr mit zahlreichen praktischen Vorführungen. Die Tagung brachte durch die Vorträge besonders erfahrener Spezialisten und die daran sich knüpfende Aussprache eine Fülle wichtiger und wertvoller Anregungen. Man war sich darüber klar, daß die Brandstiftungen in Niederschlesien nur durch das zielbewusste Zusammenwirken aller beteiligten Behörden und auch der Bevölkerung wirksam bekämpft werden könne.

Schiffe aus dem Coteleur Wald

Am Montagabend wurde der Bootsmann eines im Liegehafen in Coteleur liegenden Rahnes unter merkwürdigen Umständen angeschossen und verletzt. Der auf dem Rahne befindliche Hund hatte angeschlagen, worauf der Bootsmann das Schiff abschiffte. Als er nichts Verächtliches fand, kletterte er in das kleine Boot, um auch die benachbarten Rähne abzuschauen. Ehe er aber abhaken konnte, fielen aus dem etwa 70 Meter entfernt liegenden Coteleur Wald zwei Schrottschiffe, die den Bootsmann am rechten Auge und an der Stirn verletzten. Von dem Schützen war bisher keine Spur zu finden.

Strafbar gemacht, um Obdach zu erhalten

In der Kaserne des Polizeipräsidiums erschien gestern Abend der wohnungslose Invalide Alexander K. und bat, ins Polizeigefängnis eingelassen zu werden, da er kein Unterkommen hat. Die Beamten verwiesen ihn an das Obdachlosenamt und der Bedauernswerte mußte wieder abgehen. Zwei Stunden später schlug er zwei Fensterscheiben einer Wohnung in der Elsbornstraße ein, um dadurch seine Festnahme zu erreichen, die dann auch erfolgte.

Gewerkschaftsbau - Lichtspiele

Donnerstag und Freitag, 8 und 9 Uhr

Flucht aus der Hölle

Ein russischer Film

Land und Leute in Südamerika

Der Vorverkauf für

FILM-KUNST SOWJET-RUSSLAND

Donnerstag und Freitag, 8 und 9 Uhr

Die Besetzung der Gewerkschaftsbau-Lichtspiele und der Vorverkaufszahlen bei Vorverkauf ihrer Ausweise 70 Pf., alle anderen 1.20 Pf.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat
Gewerkschaftsbau, Zimmer 167-170
Telefon Nummern 5900-5901
Öffnet außer Sonnabenden von 8-1 und 4-7 Uhr

Dienst 20. Alle Kaffeezer treffen sich um 10 Uhr bei Kammer, Briggitten 18.
Dienst 20. Frauenversammlung im Hennig-Kaufhaus, Nützenstraße 107.
Alle Vertreter und Funktionäre treffen sich bereits um 7 1/2 Uhr.
Dienst 21 (Donnerstag). Gewerkschaftenversammlung 10 1/2 Uhr bei Treutke, „Blauer Hirsch“.

Jungsozialisten

Zentrale. Wir haben Sonntag eine literarische Veranstaltung „Aus Deutschlands größter Zeit“ 20 Uhr Volkshaus, Taschenstraße.
Heute Mittwoch 20 Uhr kommen zusammen:
Gruppe „Waldweg“, Inneer Stadt (Kriegensheim, Friedrich-Wilhelm-Str. 45). Wir kommen zu einer wichtigen Vorgesprächung zusammen. Tagesordnung: 1. Bildung des Funktionärskörpers. 2. Die Arbeit im kommenden Jahr.
Gruppe „Ostsee“, Brodau-Straße, Vorderhaus). Genosse Hans Tengel, Freie Arbeitervereine, spricht bei uns über „Arbeiterpolitik und Arbeiterbewegung“.
Gruppe „Schlesier“, Tor-Weg, 1. (Kriegensheim, Taschenstraße). Wir legen unsere Arbeitsergebnisse „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik“ vor. Genosse K. A. 11 spricht über das Referat Hildebrandts auf dem Parteitag in Köln 1927.
Gruppe „Jungel“, heute fällt unsere Gruppenversammlung aus. Näheres über die weiteren Veranstaltungen durch Rundschreiben.
Gruppe „Schlesien“, Sand- und Ostsee (Wunder-Obersee, Taschenstraße). Freitag 20 Uhr Fortsetzung der Arbeitergemeinschaft „Das kommunistische Manifest“. Weiter Genosse Walter Müller.
Warte sind zu allen Veranstaltungen willkommen.

Sozialistische Arbeiterjugend

Note Haken. Heute 20 Uhr im Heiligen-Geist-Gymnasium Probe für Glas und Tausch.
Spielkeller. Heute 20 Uhr Gewerkschaftshaus Schulungsabend.
Note Haken 7. Heute Zusammenkunft Karate. Morgen Theater.

Freiwerkschaftliches Jugendbrot

AG. Alles bereitet sich zur Veranstaltung für Sonntag, den 23. Februar, im großen Saal des Gewerkschaftshauses vor. Eintrittskarten bei den Jugendleitern und im Zimmer 28 bei Kellen Jüßle.
AG. „Waldweg“. Donnerstag ab 20 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus „Das Jugendwohlfahrtsgesetz“.
Befreiungsbewegung. Freitag ab 20 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus, Zimmer 144.
Jugendarbeiterjugend. Freitag ab 20 Uhr im Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Str. 45, Vorderhaus.
Rahmensaal und Gewerkschaftlerjugend. Donnerstag ab 20 Uhr im Heim, Zimmer 144, Vorderhaus.
Freiwerkschaftlerjugend. Freitag, ab 20 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus Veranstaltung.

Bund der Freidenkerjugend

Gruppe Nord. Heute sind wir alle pünktlich 10 1/2 Uhr im Heim Michaelsstraße 36 zum Lichtbildabend „Der Staat“.
Gruppe West. Heute Mittwoch 19 1/2 Uhr im Heim Friedrich-Wilhelm-Str. 45, Arbeitergemeinschaft über „Gott, Religion und Ethelismus“. Gäste willkommen.

Montag, den 10. Februar,

finden in allen Distrikten

Distriktsversammlungen

stall. Dort wo an einem anderen Tage die Versammlung abgehalten wird, bitten wir um sofortige Meldung, soweit dies noch nicht geschehen ist. Ebenfalls ist uns zu melden, wo sich die Distriktslokale geändert haben, da sonst die letzten Versammlungsorte veröffentlicht werden.

Weitere Strafenbenennungen

Auf Vorschlag des Magistrats benennt der Polizeipräsident nachstehende Straßen in Breslau-Kosenthal und Carlshöhe wie folgt: Die von der Pohlmannstraße im östlichen Richtung zur Straße an der Klostermauer führende Straße Johannes-Reinelt-Weg; die drei Verbindungsstraßen zwischen der Pohlmannstraße und dem Johannes-Reinelt-Weg, und zwar in der Reihenfolge West-Ost: August-Richter-Weg, Robert-Richter-Weg und Logauweg; den am Nordende der Guidostraße nach Osten abbiegenden Straßenteil bis zum Eichendorffplan ebenfalls Guidostraße; die Verbindungsstraße zwischen den Straßen an den Brunnen und an der Wie: Moritz-v. Strachwitz-Weg, und die Straße zwischen an den Brunnen und der Rosaallee: Fedor-Sommer-Weg. Die Straßen benennt er die Straße 19 im Plan der Nikolai-Vorstadt, die von der Erlischstraße zur Striegauer Straße führt und bisher Neutlicher Weg genannt wurde, Falkenhäuser Straße; die Straße 24 im Plane der Nikolai-Vorstadt, die Verbindungsstraße zwischen Falkenhäuser und Striegauer Straße ist, Jauerstraße. Beide Straßen gehören zum 15. Polizeirevier.
Zur Erinnerung an die frühere Gemeinde Thianisch und zur Gedenkung dieses Ortsnamens wird die ehemalige Dorfstraße in Breslau-Klein-Thianisch, die in westöstlicher Richtung von der Karl-Marx-Straße bis zur Schwenninger Straße verläuft: Thianischer Straße benannt. Sie gehört zum 24. Polizeirevier.

Das Haushaltsbuch gibt Auskunft

Künftig über die Lebenshaltung der Arbeiterfamilie. Diese Ergebnisse der Untersuchungen des Statistischen Reichsamts bringt in einem besonderen Aufsatz das neue Heft der „Frauenwelt“. Ein anderer gut illustrierter Aufsatz schildert die Arbeit der Frau in Amerika. Neben weiteren Aufsätzen für die Frau findet man auch in dieser Nummer den literarischen und Unterhaltungsteil gut ausgestattet. Die in jedem Heft abgedruckten bunten Bilder möge man ausschneiden; auf ein Bild Karton geklebt, kann man sich als hässlicher Fesler der „Frauenwelt“ eine Sammlung guter Bilder zulegen. Und dies alles nur für einen geringen Preis. Bestellungen für die „Frauenwelt“ nehmen unsere Trägerinnen, wie Volkswachtbuchhandlungen entgegen.

Besanntmachung

Der Polizeipräsident teilt mit: Die schwierigen Verkehrsverhältnisse an der Kreuzung des Obdau-Weges mit der Margaretenstraße und der Freiheitsstraße, die dort eine sehr starke Behinderung bilden, haben auch mich zur Verhängung von Maßnahmen zum Verkehrs- und Sicherheitspolizeilichen Verbände veranlaßt. Neben weiteren Maßnahmen für die Frau findet man auch in dieser Nummer den literarischen und Unterhaltungsteil gut ausgestattet. Die in jedem Heft abgedruckten bunten Bilder möge man ausschneiden; auf ein Bild Karton geklebt, kann man sich als hässlicher Fesler der „Frauenwelt“ eine Sammlung guter Bilder zulegen. Und dies alles nur für einen geringen Preis. Bestellungen für die „Frauenwelt“ nehmen unsere Trägerinnen, wie Volkswachtbuchhandlungen entgegen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Geschäft Breslau 1 Oberer Str. 60. Tel. 4903

Ortsvereine. Sonntag, den 2. März, findet in Kottbuschen Häuser „Lumpenpartei“ unsere Bundeseinigungsfeier statt. Überall muß auf diese Veranstaltung hingewiesen werden.
Kammer 1 (Lohn). Sonnabend, den 8. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 1 (Lohn), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 2 (Schlesien). Sonnabend, den 8. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 2 (Schlesien), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 3 (Berzow). Mittwoch, den 12. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 3 (Berzow), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 4 (Krausen). Heute Mittwoch 20 Uhr in der Stilla-Gasse, wichtige Monatsversammlung mit Neuwahlen. Ein Vertreter Krausen und Ortsvorstandes ist anzuwenden.
Kammer 5 (Krausen). Mittwoch, den 12. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 5 (Krausen), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 6 (Waldweg). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 6 (Waldweg), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 7 (Schlesien). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 7 (Schlesien), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 8 (Krausen). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 8 (Krausen), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 9 (Schlesien). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 9 (Schlesien), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 10 (Schlesien). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 10 (Schlesien), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 11 (Schlesien). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 11 (Schlesien), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 12 (Schlesien). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 12 (Schlesien), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 13 (Schlesien). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 13 (Schlesien), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 14 (Schlesien). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 14 (Schlesien), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 15 (Schlesien). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 15 (Schlesien), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 16 (Schlesien). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 16 (Schlesien), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 17 (Schlesien). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 17 (Schlesien), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 18 (Schlesien). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 18 (Schlesien), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 19 (Schlesien). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 19 (Schlesien), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).
Kammer 20 (Schlesien). Freitag, den 7. Februar, 20 Uhr, bei Kammer 20 (Schlesien), wichtige Monatsversammlung. Referent Kamerad K. A. 11 (Lohn).

Bereinskalender

Baugewerksbund Breslau, Fachgruppe der Maurer. Generalsversammlung Sonntag, den 8. Februar, 19 1/2 Uhr, im kleinen Saal, Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Bericht der Jahresversammlung und Gewerkschaftliches. 2. Ohne Mitgliedschaft kein Zutritt. Alle Kollegen zur Veranstaltung. Die Fachgruppenmitglieder sind zahlreich zu erscheinen. Genosse Walter Pleschowski, Berlin, spricht am Freitag, den 7. Februar, 20 1/2 Uhr, im „Gedanken Zepher“, Schönebrücke, Thema: „Der proletarische Mensch“. Wir bitten unsere Mitglieder, Sonntagspolitiker und Gesinnungsfreunde, sich diesen Vorträgen zu nähern.
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Erweiterte Ortsverwaltung. Mittwoch, den 6. Februar, um 18 Uhr im Sitzungszimmer unseres Hauses wichtige Sitzung.
Seitlerstraße 48, wichtige Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Sitzungsnahme zu dem Bericht der Schlichterkammer über den Metallarbeiterkongress. 2. Wahl von drei Delegierten zum Betriebsratskongress. Die Teilnahme ist äußerst wichtig. Kein Kollege darf fehlen. Ohne Mitgliedschaft und Vorkarte kein Zutritt. Für diese Sitzung sind alle Vertrauensleute der anderen Gewerkschaften in der Metallindustrie eingeladen. Die Ortsverwaltung.

Heute Abend Beginn der Ringkämpfe

Um Deutschlands Meisterschaft im Circus-Busch
Heute, Mittwochabend, beginnt im Circus-Busch die Deutsche Meisterschaft 1930 der Berufsringer. Nicht, wie in früheren Jahren, ist gleich eine ganze Anzahl bekannter Ringer am Start, sondern das Ergebnis der Meldungen an den Internationalen Ringerverband brachte es mit sich, daß neue Köpfe und neue Spezialisten des griechisch-römischen Ringkampfes in Breslau im Circus-Busch am Linsenplatz erschienen. Nach einem abwechslungsreichen Variétéprogramm, das alle sieben Tage gewechselt wird, wird am heutigen Mittwoch Kampfleiter Kurt Voigt, Berlin zum erstenmal die Ringer paradiere lassen. Da die Kämpfe unter Aufsicht des Internationalen Ringerverbandes stehen, der den früheren Europameister August Brylla, Breslau zum Vertrauensmann ernannte, versprechen die Kämpfe erstklassigen Sport. Es werden sich heute folgende Teilnehmer stellen: August Ahrens, Dortmund; Guitan Motz, Prag; Peter Emmons, Köln; Zwan Urotul, Rußland; van der Holland, B. Lindmaier, Steiermark; Guitan Haber, Königsberg; Bela Weiß, Ungarn; G. Grünkefen, Schweiz; Hans Kampfer, Dresden; Rudolf Benold, Wien; Paul Kienker, Berlin; J. Fehring, Argentinien; Vicenti Wlach, Jugoslawien; M. Peterlin, Lettland; Hans Dole, Hamburg; A. Pohlfuß, Spandau; O. Nestram, Schweden.
Mit diesen achtzehn Teilnehmern ist aber die Bewerberliste noch nicht abgeschlossen. Zur Teilnahme haben sich nämlich noch die internationalen Ringer Erteder-Warschau, Jan Jaago-Finnland und Binekli-Polen gemeldet. Zu diesen kann noch eine japanische Ringergröße kommen. Kommt es in Breslau zu dem seit langer Zeit mit Spannung erwarteten Zusammentreffen des Deutschen Meisters 1929, Erteder, mit dem Weltmeister Jan Jaago, würde dieser Wettbewerb weit über Deutschlands Ringkampf hinaus regestes Interesse beanspruchen. Wenn es gelingen sollte, auch den gefährlichsten Doppelnelson-Matador Binekli mit diesen in Wettkampf zu bringen, so versprechen damit besonders die Schluschkämpfe Sensationen.

Gewerkschaftshaus-Vorleseabende

Die Russenfilme haben in fast allen Weltteilen Anerkennung gefunden. Als in den letzten Wochen in England die Aufführung des „Panzerkreuzers Potemkin“ stattgefunden hatte, mußte auch die englische Regierung gegen den Russenfilm fallen. Auch für Deutschland bestehen Einfuhrschwierigkeiten; die Bestimmungen verpflichten Rußland für einen in Rußland produzierten Film, der eingeführt wird, einen anderen in Deutschland herzustellen. In Deutschland sind dadurch die sogenannten Gemeindefilme entstanden. Russische Regisseure lieferten mit deutschen Künstlern diese Kollektivarbeit. Auch der Hauptfilm des diesjährigen Programms ist ein solcher Gemeindefilm. „Flucht aus der Hölle“, so lautet der Titel. Als Regisseur zeichnet Agapoff. Westeuropäische Filmkultur ist in russische Regie genommen. Der Inhalt des Manuskriptes ist folgender: In einer französischen Strafkolonie verurteilt ein Sträfling auf Schuldig eine Strafe, die er durch eine Verurteilung auf Indignität bewirkt subdiert erhielt. Durch einen Zwischenfall gelangt die Flucht und der Sträfling kommt in einem Bergwerk unter. In diesem zittert er durch Einschlag seines Lebens Arbeitsgenossen aus schwerer Not. Durch Festhalten seines Namens in der Doffenlosigkeit kommt nun sein Vorleben heraus. Die Gefesamtschichte greift nun wieder ein. Und nun kommt der erhabene Schlussszene Arbeitsbrüder demonstrieren für ihn und verlangen die Freilassung ihres selbstlosen Genossen. Die Demonstration wird immer drohender und zwingt, so zeigt der Film — zur Freilassung Rußland in Westeuropa!
Als zweiter Film wird eine Reise nach Südamerika gezeigt. Ein Motorboot bringt uns von Hamburg über Spanien nach Brasilien. Das Programm ist für die Jugend verboten und wird Donnerstag und Freitag gezeigt.
Der Arbeiter-Volks-Bund, Ortsgruppe Breslau, beschließt eine Parteigruppe Breslau-West zu gründen. Wir bitten Interessenten ihre Adressen an Parteifreund W. D. a. g. n. e. Breslau, Promnitzstraße 48, zu geben.

Das neue Wählprogramm der KPD.

Sie stützt sich auf die Betriebsrätewahlen

Die KPD. mutet sich dieses Jahr enorme Anstrengungen zu, um bei den Betriebsrätewahlen einen Erfolg zu erzielen. Auch ihre für den 1. Februar geplanten Aktionen sollten der Wahlpropaganda dienen. Mit Hilfe künstlich herbeigeführter Krawalle will sie Stoff zur Entzündung gegen „Vollzeitarbeiter“ und „Sozialfaschismus“ schaffen und damit Material zur Propaganda für die KPD bei den Betriebsrätewahlen. Der Arbeit für die Betriebsrätewahlen sollen als Kräfte zur Verfügung gestellt werden. Das geht aus dem Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD. (Nr. 1) vom 25. Januar deutlich hervor. Das Rundschreiben verlangt, daß sofort die ganze Partei schärfer und großzügiger auf die Wahlen zu den Betriebsräten einstele. Zu den konkreten Maßnahmen zur Vorbereitung der Wahlen sei bisher in ganz ungenügender Maße Stellung genommen worden, obwohl sie von einer entscheidenden Bedeutung seien als die Parlamentswahlen und die nächste große Kraftprobe zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie darstellten. Es würden nicht genügend Artikel zur Lage in den einzelnen Betrieben, nicht genügend polemische Auseinandersetzungen mit den Sozialfaschisten, Christen usw. veröffentlicht. Aufs eindringlichste muß auf diese schweren Mängel aufmerksam gemacht werden. Auf Grund gemeinschaftlicher Besprechungen mit den Reaktionen sei eine entscheidende Wendung in der Richtung einer großzügigen politischen Führung des Betriebsrätewahlkampfes herbeizuführen. Die Betriebsrätewahlen müßten allgemein propagandistisch und agitatorisch ebenso großzügig organisiert werden wie die letzten Kommunalwahlen. Die Parteihäuser müßten mit Transparenten für die kommunistischen Lösungen zur Betriebsrätewahl ausgestattet, die Autos der Parteizeitungen entsprechend aufgemacht und die Ausgaben der Betriebszeitungen sowie die sonstigen Propagandamaterialien wesentlich vermehrt werden.

Die Grundlage für die Aufstellung der revolutionären Betriebsrätewahlen sieht das Rundschreiben in dem Programm des ersten Reichskongresses der revolutionären Opposition. Nur in den Fällen, wo die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den Betrieben bei sehr stark gewerkschaftlich organisierter Belegschaft dieses Kampfsprogramm annehmen, sei es möglich, eine gewerkschaftliche Liste der Opposition aufzustellen. Eine Verhältniswahl komme jedoch auch in diesen Fällen nicht in Frage. Die Hinaufnahme von sozialdemokratischen Arbeitern auf die Liste sei abhängig von der Zustimmung oder Ablehnung des Programms des ersten Reichskongresses.

Dieser Eifer ist geradezu rührend. Für die Kommunisten existieren bei den Betriebsrätewahlen keine anderen Gegner als die freien Gewerkschaften. Ihnen allein gilt die Kraftanstrengung der KPD. Jeder Arbeiter, der noch fünf gesunde Sinne hat, wird nun allmählich hoffentlich einsehen, daß es neben dem Scharfmachertum im Unternehmerlager keinen schlimmeren Feind der Arbeiterbewegung gibt als die kommunistischen Maulwürfe.

Internationales Arbeitsamt

Wichtige Fragen vor dem Verwaltungsrat

Am Dienstag trat in Genf der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zu seiner 47. Tagung zusammen. Die Beratungen dürften sich diesmal besonders schwierig gestalten; denn es stehen wichtige Fragen zur Erörterung und Entscheidung. Die drei Hauptfragen sind: Was wird aus den Seeschiffahrtskonferenzen? Kommt es zur Errichtung eines ständigen Angestelltenausschusses in Genf? Wird die Arbeitszeit im Bergbau untertage auf die Tagesordnung der großen Arbeitskonferenz gesetzt?

Auf der letzten Seeschiffahrtskonferenz hatten nach der zeitweiligen Sabotage der Reder an der Verhandlungsarbeit die Regierungen in einer Entschliebung den Verwaltungsrat um die „Erörterung aller geeigneten Mittel“ zur Herbeiführung einer unanfechtbaren Auswahl der Arbeitnehmer und Arbeitgeber delegierten für die maritimen Konferenzen gebeten. Diese Entschliebung war seinerzeit nur als ein Mittel gedacht, das den Redern den Wiedereintritt in die Verhandlungen ermöglichen sollte. Inzwischen scheinen aber verschiedene Regierungen zu dem Entschluß gekommen zu sein, zur Vermeidung ähnlicher Zwischenfälle eine gründliche, sachliche Unterlegung der Natur der Seeschiffahrtskonferenzen zu verlangen. Die Seeleute waren im Oktober überwiegend geneigt, die besonderen Seeschiffahrtskonferenzen zu opfern, d. h. die Behandlung ihrer Fragen den allgemeinen Arbeitskonferenzen zu überweisen. Japan und Indien wollen auf jeden Fall die Frage des Termins der nächsten Seeschiffahrtskonferenz aufheben. Den überseeischen Staaten sind Herbstkonferenzen in Genf im allgemeinen und vor allem zwei aufeinanderfolgende Herbstkonferenzen recht wenig sympathisch. Indien verlangte schon auf der letzten Verwaltungsratsstagung eine Verschiebung der nächsten Seeschiffahrtskonferenz auf das Frühjahr 1931. Das Arbeitsamt dagegen will so schnell wie möglich das in erster Lesung vorbereitete Abkommen über die Arbeitszeit an Bord unter Dach und Fach bringen und schon deswegen für den Herbst die nächste Seeschiffahrtskonferenz einberufen haben.

Die Errichtung eines ständigen Angestelltenausschusses ist vom Verwaltungsrat bereits auf seiner vorletzten Tagung vom Juni des vergangenen Jahres beschlossen worden. Die Zusammenlegung des Ausschusses konnte jedoch im Oktober infolge von Differenzen innerhalb der Arbeitnehmergruppe nicht vorgenommen werden. Hoffentlich haben die Arbeitnehmervertreter verschiedener Länder nunmehr ihre Bedenken gegen eine besondere freie Angestelltenbewegung zurückgestellt und sich dazu durchgerungen, gewerkschaftliche Disziplin zu üben, wie das die deutschen Arbeitnehmervertreter stets getan haben.

Der Plan für eine internationale Enquete in der Textilindustrie muß vom Verwaltungsrat jetzt fertiggestellt werden. Bisher hatte sich die Kommission zur Vorbereitung der Enquete vor allem noch nicht über die Erhebungsperiode und über die Auswahl der Betriebe einigen können. Die Studien in den Erhebungen, die an die Regierung gehen soll, müssen jetzt ausgefüllt werden, damit die Enquete endlich beginnen kann.

Da der Verwaltungsrat die Tagesordnung der Arbeitskonferenz von 1930-1931 festlegen und zu vervollständigen hat, wird jetzt auch die wichtige Frage auf, ob das Problem einer internationalen Regelung der Arbeitszeit im Bergbau untertage auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz vom Juni d. N. kommen soll. Demnach betrachte liegt kein Grund vor, das nicht zu tun. Die Forderung der Arbeitgeber in der letzten Sitzung der technischen Vorkonferenz läßt jedoch befürchten, daß von Unternehmern gegen die Beratung der Kohlenfrage auf der nächsten Arbeitskonferenz Widerstand geleistet wird.

Für die Tagesordnung der Arbeitskonferenz von 1931 sind verschiedene Randfragen und die Frage der Arbeitszeit bei Arbeiter in mechanischen Industrien vorgelassen. Der Verwaltungsrat muß hier endgültig wählen. Schließlich hat er noch eine internationale sozialpolitische Verbindung der Tage der Einmündigung vorgeschlagen.

und wichtige Budgetfragen zu klären. Man steht ein reichhaltiges Arbeitsprogramm für die Zeit von Dienstag bis Sonntagabend.

Internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau

Die Frage der internationalen Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau, über die von der technischen Vorkonferenz Mitte Januar, trotz hartnäckiger Bemühungen, keine Einigung erzielt werden konnte, bildet den Hauptpunkt der umfangreichen Tagesordnung, die der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in der morgen beginnenden Wintertagung zu erledigen hat. Er hat darüber zu entscheiden, ob diese Frage entsprechend dem Wunsch der letzten Völkerverammlung ausnahmsweise noch auf die Tagesordnung der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz gestellt werden soll, die am 10. Juni zusammenzutreten wird. Die Vorkonferenz hatte, obwohl sie in beiden Hauptpunkten, Bemessung und Berechnung der Arbeitszeit, nicht einmal zu einem Mehrheitsbeschluss kommen konnte, die Weiterbehandlung dieser Frage durch die Arbeitskonferenz empfohlen. Der Entscheidung wird mit Spannung entgegen gesehen, da die Gegenläufe, die sich bei der Vorkonferenz gezeigt haben, zweifellos auch im Verwaltungsrat wieder in Erscheinung treten werden.

Wette

Der Rote Textilarbeiter, das „Mitteilungsblatt des Internationalen Propagandakomitees der revolutionären Textilarbeiter“ — auf deutsch: Organ der in der kommunistischen Partei politisch organisierten Textilarbeiter — hat Ende des ver-

Wirtschaftspolitische Versinn

A. Kr. Leider finden wir erst jetzt den Raum, mit ein paar Worten auf eine Angelegenheit einzugehen, die einmal wieder drastisch zeigt, wie schiefliche Körperkassen bei der Propaganda für eine Hilfe für die schiefliche Wirtschaft gänglich falsche Wege gehen und immerzu Vorzeichen setzen. Wir lesen in verschiedenen Blättern, daß die ober-schlesische Kohlen- und Eisen-Industrie an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet hat, in der verlangt wird, daß die Arbeiten am Mittellandkanal endgültig einzustellen seien, weil der Bau des Mittellandkanals die Wettbewerbsverhältnisse der ostdeutschen Industrie gegenüber der westdeutschen Industrie außerordentlich verschlechtere.

Man kann eine solche Forderung nur als irrsinnig bezeichnen. Gewiß ist es richtig, daß der Bau des Mittellandkanals die Wettbewerbsverhältnisse der ostdeutschen Industrie zugunsten der westdeutschen Industrie insofern verschlechtert, als er es der westdeutschen Industrie ermöglicht, seine Waren billiger nach Berlin und gar nach Ostdeutschland zu transportieren als bisher. Es ist deshalb auch richtig, daß es zum Ausgleich notwendig ist, daß die Verkehrswege in Schlefien selbst und zwischen Schlefien und Mittel- und West-Deutschland wesentlich verbessert und die Frachten herabgesetzt werden. Deshalb ist es durchaus sinnvoll, wenn man gegenüber dem Bau des Mittellandkanals einen gleichzeitigen Ausbau der Oder als Wasserstraße verlangt. Das ist ja auch immer geschehen und auch schon von der Reichsregierung zugelassen, ja die Reichsregierung hat bereits im letzten Jahre das Tempo des Baues des Mittellandkanals verlangsamt und dafür das Tempo des Baues des Ostmarchauer Staubeckens etwas beschleunigt, damit wenigstens die ersten Schritte zum Ausbau der Oder als Wasserstraße ungefähr gleichzeitig mit dem Fertigwerden des Mittellandkanals durchgeführt sind. Mehr zu verlangen, als daß der Ausbau der schlesischen Wasserstraßen beschleunigt wird, ist aber unsinnig, und zwar aus folgenden Gründen: Einmal ist der Mittellandkanal für den Westen und für Mitteldeutschland eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Das ist bereits vor Jahrzehnten erkannt und deshalb wird bereits seit Jahrzehnten am Mittellandkanal gebaut. Oder glaubt man etwa, man würde viele hundert Millionen in einen solchen Bau hineinstecken, wenn er wirtschaftlich nicht notwendig wäre? Ostdeutschland und Schlefien können sicherlich Hilfsmassnahmen für ihre Wirtschaft verlangen. Wir sind die letzten, die sie daran hindern wollen, ja wir unterstützen solche Forderungen immer aufs wärmste. Unmöglich aber ist es, daß man in Ostdeutschland und Schlefien, daß notwendige Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft in den übrigen Teilen des Deutschen Reichs deshalb unterbleiben. Höherdem aber hat der Staat unmittelbar ein großes Interesse an der möglichst baldigen Fertigstellung des Mittellandkanals, denn, wie schon gesagt, sind in diesem Kanalbau mehrere hundert Millionen Mark Kapital investiert. Würde der Mittellandkanal nicht fertig gebaut, so würde dieser erhebliche Betrag vom Staat einfach weggerufen sein. Er würde sich niemals verzinsen, noch weniger amortisiert werden. Das ist in der Situation, in der sich die Finanzen des Reichs befinden, eine völlige Unmöglichkeit, und es wäre wirtschaftlich geradezu ein Wahnsinn. Das sollten gerade die sogenannten Wirtschaftsführer in Ober-schlesien einsehen. Endlich werden dadurch wieder mehrere Tausend Arbeiter erwerbslos werden, was gerade in der jetzigen Zeit eine Katastrophe bedeuten würde und dem Staat neue Lasten auferlegt. Wir sind, sogar der Ansicht, daß die Forderung, die die sechs Landesregierungen in ihrer bekannten Denkschrift, in bezug auf den Mittellandkanal aufstellen, zu weit geht. Dort wird verlangt, daß das Tempo der Vollendung des Mittellandkanals so verlangsamt wird, daß der Ausbau der schlesischen Wasserstraßen vor Vollendung des Mittellandkanals fertiggestellt wird. Praktisch würde das auf eine jahrelange Unterbrechung der Vollendung des Mittellandkanals hinauslaufen, denn der Mittellandkanal ist zu acht Zehntel fertig und seine Vollendung nur noch eine Frage von ein paar Jahren. Der Ausbau der schlesischen Wasserstraßen wird aber gerade erst begonnen. Bis der so weit ist, wie in der Forderung gesagt wird, werden sicherlich Jahrzehnte vergehen. Hätte die Denkschrift nur gefordert, daß die Vollendung des Mittellandkanals so verzögert wird, bis das Ostmarchauer Staubecken fertig ist, d. h. also der erste Schritt bei dem Ausbau der schlesischen Wasserstraßen vollendet ist, oder hätte sie gefordert, daß der Bau

ganzen Jahres sein Erscheinen eingestellt. Es ist sich in der Hitze gegen den freigewerkschaftlichen Deutschen Textilarbeiterverband mächtig angekränkt. Trotzdem ist es von den Arbeitern nicht gestanden. Ein neuer Versuch, dafür, daß die erdrückende Mehrheit der deutschen Textilarbeiter mit Moskau nichts zu tun haben will.

KPD. Wette auch bei den Stettiner Metallarbeitern

In Stettin haben die Kommunisten zwei Wette Platten erlitten. Bei den Delegiertenwahlen in der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes für die örtliche Generalversammlung haben sie trotz der in Stettin herrschenden großen Arbeitslosigkeit von den 123 zu wählenden Delegierten sich nur einen einzigen sichern können. Bei den Wahlen zur Vertreterversammlung des Stettiner Konsum-Sportvereins haben sie von den insgesamt zu wählenden 240 Vertretern nur 25 auf ihre Liste vereinigen können. In der vorigen Vertreter-Versammlung hatten sie 24 Sitze. Neu angegliedert wurde der Bezirk Torgelow mit 7 Sitzen — schon stets eine KPD-Hochburg. Die Kommunisten haben also in den übrigen Bezirken 6 Sitze eingebüßt.

Oesterreich hat 300000 Arbeitslose

Im Verhältnis also mehr als Deutschland. In Wien sind 15 Prozent der Arbeiter und Angestellten ohne Beschäftigung, in den Bundesländern sogar 21 bis 27 Prozent. In der Textilindustrie stehen von den Baumwollspinnereien und Webereien 20 bis 30 Prozent der Betriebe völlig still.

Streik in der New Yorker Bekleidungsindustrie

35 000 Arbeiter der New Yorker Bekleidungsindustrie sind gestern in den Streik getreten. Die Streikenden fordern die Einführung der Fünftagewoche und die Abschaffung des Arbeitsystems. Bis jetzt werden keinerlei Anzeichen gemeldet.

des Staubeckens weiter beschleunigt wird, so hätte das Sinn und wäre auch für die Regierung tragbar. Diese Forderung ist aber zum großen Teil bereits erfüllt. Verlangt man aber mehr, so verlangt man, daß Reich und Staat auf Jahre hinaus auf eine Zinseinnahme von ungefähr 30 bis 50 Millionen Mark verzichten, während man gleichzeitig von denselben Stellen in die Millionen gehende staatliche Unterstüßungen verlangt. Eine Durchführung der Forderung der Landeshaupleute würde daher, abgesehen von dem schon Gesagten, bedeuten, daß man den Stellen, die den deutschen Osten finanziell unterstützen sollen, die dafür nötigen Mittel nimmt.

So ist diese Eingabe der ober-schlesischen Kohlen- und Eisen-Industrie und auch die entsprechende Forderung der Denkschrift der Landeshaupleute wieder einmal ein Zeichen dafür, wie sinnlos hier in Schlefien Forderungen aufgestellt werden, und wie wenig das durchdacht ist, was man der Regierung vor schlägt, um von ihr verlangt. Auf diese Weise kann man nur diejenigen, die sie helfen sollen, verzögern.

Herabsetzung des Reichsbankdiskonts

Die Reichsbank hat am Dienstag ihren Diskontsatz von 6% auf 5% und den Lombardfuß von 7% auf 7% herabgesetzt. Zur Begründung verweist der Reichsbankpräsident darauf, daß die sinkende Tendenz des Zinsfußes in den maßgebenden anderen Ländern weiter bestesse. Die Zinsspanne reiche aus, Abflüsse von Auslandsgeldern aus internationalen Gründen zu verhindern.

Tausendjährige Amerika-Anleihe des Siemenskonzerns

Eine Amerikaanleihe, die nach tausend Jahren, also im Jahre 2930 fällig ist (eine sogenannte ewige Anleihe), hat jetzt der Siemenskonzern abgeschlossen. Die Anleihe wird von dem New Yorker Bankhaus Dillon Read & Co. und der Deutschen Bank-Berlin gegeben. Sie gliedert sich in einen deutschen und in einen amerikanischen Teil. Der Zeichnungspreis des amerikanischen Teils (14 Millionen Dollar) beträgt 235%. Die Stücke, „Participating Debentures“ genannt, sind mit einer Verzinsung in Höhe der Siemensdividende ausgestattet, erhalten aber mindestens eine garantierte Verzinsung von 6% auf den Nominalbetrag. Die Zeichner haben nach Ablauf von 75 Jahren bis zur endgültigen Fälligkeit der Anleihe im Jahre 2930 das Recht, zum Nennwert zu kündigen. Eine Kündigung durch den Siemenskonzern ist vor 1942 nicht zulässig. Der deutsche Teil der Anleihe, nominell 10 Millionen Mark, wird den Aktionären im Verhältnis von 10:1 und zu einem Kurs von 175 angeboten.

Wie der Siemenskonzern mitteilt, wird das Bankhaus Dillon Read & Co. einen Teil der Siemensanleihe der General Electric Co. in New York übergeben. Die General Electric steht in enger Beziehung zur Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Berlin (AEG). Die General Electric ist auch derjenige amerikanische Konzern, der sich mit Hilfe der AEG. eben daran gemacht hat, in die alte Siemensdomäne des deutschen Postgeschäftes einzudringen, was zu hartem Auseinandersetzungskampf zwischen Siemens und AEG. geführt hat. Der Siemenskonzern teilt nun mit, daß die Übernahme von Siemensanteilen durch General Electric eine Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen General Electric und Siemens bedeutet. Wie sich diese Wandlung, von der das Verhältnis Siemens-AEG. schließlich auch betroffen werden dürfte, auf die künftigen Fragen auswirken wird, muß man abwarten. Jedenfalls kann man in der Siemensischen Transaktion einen weiteren Schritt auf dem Wege sehen, der früher oder später zur Verstrickung der Elektroindustrie in der ganzen Welt führen wird.

Die Gründung eines Kunstseidenkartells

wird sich allem Anschein nach in nächster Zeit vollziehen. Generaldirektor Blüthgen von den Elberfelder Glasstofffabriken hat sich in den letzten Tagen über die schwedischen Verhandlungen gemeldet. Danach steht eine Vereinbarung zwischen der nordamerikanischen und der europäischen Kunstseidenindustrie vor dem Abschluß, nach der europäische Kunstseidenindustrie in Einführung nach Nordamerika auf den Stand von 1929 beschränkt soll. Die europäischen Produzenten selbst haben über die Quoten noch nicht geeinigt. Die vorliegenden Annahmen sehen vor, daß die Italiener und Franzosen ihre Einsätze nach Deutschland kopieren. Dafür verlangen diese aber Entschädigung auf anderen Märkten, und zwar fordern sie eine möglichst große Beteiligung an den Exporten nach Nordamerika.

Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!

Kommunisten als Kindesentführer?

Die Tragödie eines russischen Kriegsgefangenen — Man lockt ihn nach Berlin und entführt ihm die Kinder — Wer sind die vier Geheimnisvollen im Auto?

In Hohen-Völkendorf (Kreis Salzweber) wurden am Montagabend gegen 7 Uhr von vier unbekannten Männern, die im Auto verführten, die fünf Kinder des Hohen-Völkendorfer Komasa, während der Abwesenheit des Vaters entführt; das jüngste der Kinder ist einjährig. Zur Zeit der Tat war Komasa, ein früherer russischer Kriegsgefangener, nach Berlin verlegt worden. Man hatte ihn aufgefordert, in ein Café am Potsdamer Platz zu kommen; er war auch da, wurde aber von niemandem angesprochen und traf keine Bekannten. Die absichtliche Irreführung ist also offenbar. Als er nach Hause zurückkehrte, waren die Kinder verschwunden.

Während drei der Männer sich die Kinder von der Frau, die mit ihrer Betreuung beauftragt war, herausgeben ließen, indem sie vergaben, im Auftrag von Frau Komasa zu handeln, während der vierte Mann zum Ortsvorsteher Wammes, um die Kinder abzumelden. Auch hier wurde angegeben, daß die Kinder im Einverständnis mit der Mutter gesehe. Tatsächlich wurde die Frau nicht außerhalb allen Verdachtes. Sie war im Jahre 1920 wegen Brandstiftung zu Zuchthaus verurteilt worden, verstand es aber, sich der Strafverbüßung zu entziehen und konnte bisher nicht aufgefunden werden. Komasa selbst ist in derselben Affäre vom Schwurgericht freigesprochen worden. Die Frau soll sich mit einem kommunistischen Rechtsanwalt in Verbindung gesetzt haben, um von ihm die Wiederaufnahme ihres Prozesses betreiben zu lassen. Mit einem Salzweber-Kommunisten soll sie auch in einer Dezembernacht per Motorrad nach Hohen-Völkendorf gefahren sein, um die Kinder zu sprechen. Sie selbst kam dann nicht mehr nach Salzweber zurück, hingegen sah man dort noch wiederholt ihren kommunistischen Begleiter. Frau Komasa schrieb nur noch einen Brief aus Berlin, in dem sie mitteilte, daß sie zum Strafantritt nach der Strafanstalt Jauer weiterreisen werde. Das geschah indessen nicht.

Als nach der Kindesentführung Komasa aus Berlin zurückkehrte, war das Haus verschlossen und nicht einmal die mit der Betreuung der Kinder beauftragte Frau anwesend. Auf Komasa's Ängstliche Rufe erfolgte keine Antwort. Er mußte durchs Kellerfenster in die Wohnung steigen und konnte hier nur noch seine Ahnungen bestätigt finden. Nach der Entdeckung irrte er wie ein Verzweifelter im Dorfe umher. Dorfbewohner teilten ihm mit, wie sie die Wegfahrt der Kinder im Auto beobachtet hätten. Komasa sprach nun die vielstimmige Vermutung aus, daß seine Frau die Kinder entführen ließ, um ihn auf diese Weise zur Scheidung zu zwingen. Der Hof gehört der Frau Komasa und möglicherweise will sie ihn verpacken. Es ist auch schon ein Kommunist bei der Polizei in Salzweber erschienen, der angab, daß die Kinder dem proletarischen Kinderheim in Ruhlmühle bei Wittstock zugeführt werden sollen. Andere Meldungen stehen dazu bisher in Widerspruch.

Adlig, aber Autoschwindler

Im Heim einer in Berlin wohnenden polnischen Gräfin wurde am Montagabend der berühmteste Autoschwindler Ulrich Flug von Cassendorf ermittelte und festgenommen. Er machte einen halbberühmten und auch in seiner Kleidung völlig herabgekommenen Eindruck. Flug von Cassendorf stammt aus Dortmund. In Berlin geriet er in hohle Schieberkreise, die sich seinen Namen zu Nutzen machten, indem sie ihn zu lässigen Gesellschaften mitbrachten. Doch Flug von Cassendorf fand schließlich an den Schwindelgeschäften Gefallen und war bald in allerlei anrüchige Affären verwickelt. Zuerst wurden ihm Wechsel- und Schwindelgeschichten vorgeworfen, später verlegte er sich auf den Auto betrug. Er rief unter falschen Namen bei Autowerkstätten an, bestellte einen Wagen für Überlandfahrten, holte den Wagen auch mit einem frisch vom Arbeitsnachweis bezorgten Chauffeur ab, um ihn dann zu einem Preis zu verkaufen, der in keinerlei Verhältnis zu der Kauktion stand, die er hinterlegt hatte. Von Cassendorf gibt es 28 Fälle dieser Art zu. Daß zu seiner moralischen Verkommenheit sich die äußerliche gefellte, erklärt er mit Erpressungsversuchen seiner Freunde. Bis er bei der Gräfin im Westen Unterschlupf fand, herbergte er in letzter Zeit in verlassenen Wohnlauben. In einer solchen Wohnlaube in Spandau griff man vor kurzem auch seine Freundin auf.

Der Kapitalismus als Mörder

In der Gummifabrik in Wiener Neustadt sind in letzter Zeit zahlreiche Arbeiterinnen unter schweren Vergiftungsercheinungen erkrankt. Drei Arbeiterinnen sind bisher gestorben, fünf schweben noch in Lebensgefahr.

Die in der Gummifabrik erfolgten behördlichen Feststellungen haben nunmehr ergeben, daß die Vorschriften für die Beschäftigung der Frauen nicht eingehalten wurden und für den Schutz der Frauen überhaupt nicht gesorgt worden ist. Die beiden Bezirksräte der Fabrik sind deshalb auf Anordnung der Staatsanwaltschaft verhaftet worden.

Drama wegen nichtbestandenem Examen

Der 23 Jahre alte Unteroffizier Ceuterind, der in den Militärdienst der Kongo-Kolonie treten wollte, erschoss am Dienstag die Frau eines Brüsseler Professors und tötete sich dann selbst.

Ceuterind wurde bei einem Examen von dem examinierenden Professor Schmitz bei einem Schwindelversuch erwischt und fiel infolgedessen durch. Ceuterind fuhr daraufhin in einer Autostraße vor die Wohnung des Professors und übergab der ihm anwesenden Frau des Professors einen Brief. Während die Frau diesen öffnete, streckte der Unteroffizier sie durch sechs Revolverkugeln nieder. Er verließ dann eilig das Haus, begab sich wieder in das Auto, dessen Führer nichts gehört und gesehen hatte und ließ sich in eine Vorstadt fahren. Dort übergab er dem Chauffeur vier Zettel, von denen einer an den Sekretär der Kolonialschule gerichtet war und in dem er ihm den Mord mitteilt, sowie seine Absicht, sich an einem bestimmten Ort das Leben zu nehmen. Dort wurde er schließlich nach längerem Suchen mit einem Kopfschuß tot aufgefunden.

Mord und Selbstmord

In Kirchenlamitz (Oberfranken) hat der 29jährige geisteskrante Sohn des Pfarrers Günther den 36jährigen Arzt Dr. Klaus, mit einem Gewehr erschossen und, nachdem er das Zimmer der Tat in Brand gesteckt hatte, sich selbst das Leben genommen. Früher hand Günther als Referendar im Dienst der Reichsbahn. Wegen Angelegenheiten von Geistesgeistesheit wurde er beurlaubt. In einer bayrischen Kreisheilanstalt sollte er auf seinen Geisteszustand untersucht werden. Die Anstalt erklärte sich jedoch für unzuständig. Günther hätte sich nach ihren Angaben in einer mittelfränkischen Geisteskrankenanstalt unterbringen lassen müssen. Er hätte dazu aber keine Lust und zog aus

diesem Grunde nach Kirchenlamitz, seinem Heimatort, zurück. Hier verflüchtete sich sein Zustand ständig. Als der Arzt Dr. Klaus in das Günthersche Pfarrhaus kam, um die Mutter Günthers zu besuchen, erschien der Sohn plötzlich im Zimmer und vollendete das Drama seines Lebens. Der Arzt und der Ire verblieben bald nach der Tat.

Jürgens doch schuldig?

Der vor drei Jahren wegen Versicherungsbetruges beschuldigte und dann freigesprochene Landgerichtsdirektor Jürgens hat seine Ehefrau auf Scheidung verklagt. Frau Landgerichtsdirektor Jürgens ist seinerzeit mit Gefängnis bestraft worden, während Jürgens wegen unschuldig erklommener Untersuchungshaft eine Entschädigung von 25000 Mark zugesprochen wurde. Jetzt werden vermüthlich die ganzen Vorgänge noch einmal aufgerollt werden, da Jürgens von seiner Frau, die im Strafverfahren alles auf sich genommen hatte, nunmehr schwer belastet wird. Sie behauptet u. a., daß Jürgens an dem Versicherungsbetrug beteiligt gewesen sei. Jürgens habe bei den angeblichen Stargarder Einbrüchen u. a. eine Brosche im Werte von 3000 Mk. als gestohlen gemeldet, während er sie 2 Tage vor seiner Verhaftung in seinem Schreibtisch gefunden und später im Grunewald vergraben habe. Beweise für diese Behauptung sind vorläufig noch nicht erbracht.

Primanertragödie

Im Habichtswald bei Kassel fand ein Bauer im Dickicht die Leiche in Verwesung übergegangenem Leiche des seit September 1929 verschwundenen 13jährigen Primaners Kurt D. aus Kassel, der sich das Leben nahm, weil seine Freundin, die Tochter eines hohen kaiserlichen Justizbeamten, ein Kind von ihm erwartete. D., der ein hervorragender Schüler gewesen war, mußte befürchten, von der Schule entlassen zu werden.

„Alf“ gesteht alles

Der von der Berliner Polizei verhaftete Zuhälter Höppler, den seine Freunde „Alf“ nennen, ist restlos geständig, Hauptschuldiger des Attentates auf den Studenten Weisler zu sein. Er jagte aus, daß er seit fünf Jahren Mitglied der kommunistischen Partei sei und stellt den ganzen Fall als politischen Rachakt wegen eines nationalsozialistischen Ueberfalles auf Kommunisten dar. Der unmittelbare Anlaß soll eine Schlägerei am 14. Januar in der Linienstraße gewesen sein, bei der ein Kommunist schwer verletzt worden ist. Parteifreunde Höpplers wollen Weisler unter den nationalsozialistischen Angreifern erkannt haben.

Der Schwager Wilhelms will wieder heiraten

Zoubkoff soll die Absicht geäußert haben, sich mit einer Kölner Wirtin zu verheiraten. Er glaubt, daß ihm Deutschland die endgültige Einreiseerlaubnis nicht verweigert wird. Die Verwandten der verstorbenen Frau Zoubkoff haben für die Herausgabe ihrer an ihn gerichteten Briefe 15000 Mark gezahlt. Zoubkoff bezahlt davon zunächst seine Schulden, die er inzwischen in Luxemburg gemacht hat. Die übrigen Gläubiger werden sich demnach nicht veranlassen, um einen Verzicht über die durch den Tod der Frau Zoubkoff entstandene Lage entgegenzunehmen. Ferner sollen sie über den Vergleich informiert werden, den die Hofkammer in Bückeburg angeboten hat.

Zodesurteil für Muttermord

Die Eier nach Erde — Die Antat im Ziegenstall — Die Schwester als Angeberin

Eine Gefichtsverhandlung vor dem französischen Schwurgericht in Orleans, deren letzte Worte das Todesurteil gegen eine junge Bäuerin verkünden, hat eine erschütternde Bauerntragödie aufgerollt.

Im Landbezirk von Orleans lebte die 62 Jahre alte Bauernwitwe Hermance Pelletier. Ihr Gut umfaßte 15 Hektar. Zwei Töchter im Alter von 15 und 27 Jahren und ein Knecht bewirtschafteten es zusammen mit der Mutter. Ohne deren Wissen heiratete die ältere Tochter heimlich den Knecht, weil sie im Dorf keinen anderen Mann finden konnte, denn die Witwe war arm. Später schloß die Mutter mit dem jungen Paar einen Pachtvertrag und überließ ihm einen Teil der Acker und des Hauses zur Selbstbewirtschaftung. Das reichte aber nicht hin und nicht her. Neidisch wurde die Mutter betrachtet, die den beiden im Wege stand. Also beschloß die verheiratete Tochter, die Mutter umzubringen — sie brachte sie um. Als die Mutter eines Tages im Ziegenstall mit einem Grasschindel von der Leiter stieg, warf ihr die Tochter einen Strich um den Hals, riß sie auf die Erde und trat ihr mit dem

Selbstmord aus Wirtschaftsnot

Am Dienstag mittig, um 12 Uhr, wurde der Berliner Architekt Strodtzki von seinem Stiefsohn in seiner Wilmersdorfer Wohnung erschossen aufgefunden. Offenbar liegt Selbstmord vor, da die wirtschaftlichen Verhältnisse des Architekten, der Schulden haben soll, sich in der letzten Zeit sehr verschlechtert hatten. Am 1. Februar war er bei dem Berliner Bezirksamt Mitte abgebaut. Bemühungen um eine neue Stellung schlugen fehl. Eine Stelle bei einem bekannten Architekten sollte mit 150 Mark monatlich honoriert werden. Auf diese Summe sollte ihm jedoch nicht einmal ein Vorschuh gewährt werden, was auf Strodtzki um so depressiver gewirkt haben mag, als auch sein in einem Architekturbüro arbeitender Sohn vor acht Tagen entlassen worden ist. Der junge Architekt gibt an, daß er den Vater mit erschüttertem Schädel tot aufgefunden habe. Er lag auf dem Bett, die Pistole neben ihm. Eine zweite Pistole soll auf der Erde gelegen haben.

Eielsons Tod gilt als sicher

Die arktische Regierungskommission erhielt vom Kapitän des nahe dem Nordkap überwinternden Sowjetisches Stawropol einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß gemeinsamamer Flügelrussischer und amerikanischer Flieger zum Absturzort Eielsons endgültig die Ursache des Todes Eielsons und Vorlands ergeben haben. Die Lage des abgestürzten Flugzeuges läßt keinen Zweifel am Tode der Flieger. Hierüber ist gemeinsam mit den amerikanischen Fliegern ein offizieller Bericht aufgestellt worden. Ausgrabungen zur Bergung der Leichen sind im Gange.

Eine Spur von Kutiepoff?

„Liberte“ will berichten können, daß es der Polizei gelungen sei, festzustellen, welche Richtung das Auto, in dem General Kutiepoff entführt worden sein soll, eingeschlagen habe. Die Polizei glaube, daß der General im Auslande gefangen gehalten werde. Das Blatt glaubt, eine Bestätigung dieser Annahme in der Zukunft zu finden, die ihm heute früh gegeben wurde, und die dahin laute, daß Kutiepoff nach kurzem Aufenthalt in der Gannmelle von Paris nach Belgien in die Nähe der deutschen Grenze gebracht worden sei.

Wochenepidemie in Mexiko

Einer Meldung aus Ixcatepec im Staate Morelos zufolge sollen dort 200 Menschen, meist Kinder, einer Wochenepidemie erlegen sein, die in dieser Gegend seit zwei Wochen wütet. In dem benachbarten Bezirk Azochopan sollen sogar mehr als 400 Menschen der Epidemie zum Opfer gefallen sein.

Internationaler Rundflug 1930

An dem diesjährigen Internationalen Rundflug werden sich, wie der Aero-Klub von Deutschland bekanntgibt, Deutschland, England, Frankreich, Polen, die Schweiz, Spanien und die Tschechoslowakei beteiligen. Es besteht die Möglichkeit, daß sich noch weitere Länder zu dem Wettbewerb melden. Die Strecke wird in diesem Jahre wie folgt geführt: Berlin, Braunschweig, Frankfurt a. M., Köln, Bristol, London, Paris, Kattiers, Pau, Saragossa, Madrid, Sevilla, Alcañiz, Barcelona, Nimes, Vnoit, Lausanne, Bern, München, Wien, Prag, Bressau, Krakau, Warschau, Königsberg, Danzig, Berlin, insgesamt 7533 km. Es ist möglich, daß hinsichtlich der Streckenführung und der Zwischenlandungen noch kleinere Veränderungen getroffen werden, jedoch wird im allgemeinen die Route beibehalten werden.

Der Landverlust an der Unterelbe,



an deren Ufern alljährlich viele Hektar besten Weidelandes den Fluten zum Opfer fallen, ist gegenwärtig ein Gegenstand der Beratungen im Preussischen Landtage, der durch Überbauten hier Abhilfe schaffen will.

Koalitionsprobleme der Provinzpolitik

Das Zentrum macht unabhängige Politik Lehrreiches und Ergötzliches aus der bürgerlichen Presse

Die veränderte zahlenmäßige und politische Konstellation der Parteigruppierungen im neuen Provinzialparlament, insbesondere die Wahlkombinationen der Weimarer Parteien für die Wahlen des Provinzialparlamentes und zum Staatsrat, veranlassen die „Schlesische Volkszeitung“ zu einem Rechtfertigungsartikel für die zentralistische Provinzpolitik. Es wird da ausführlich mit tiefen Bemerkungen an die Adresse der ehemaligen Partner von der Rechten, aber auch mit freundlichen Mahnungen für die Zukunft, die man sich offenbar nicht verbieten will, dargestellt, was man das Zentrum diesmal verachtet hat. Sich zum Stützpunkt der deutschnationalen Junken zu machen. Einmal sei überhaupt die zahlenmäßige Zusammensetzung eine andere, dann sei die Wirtschaftspartei mit ihrem Pastor Rohr höchst unsympathisch und schließlich seien die Deutschnationalen den revolutionär-antikatolischen Nazi übrig. Im übrigen: „Das Zentrum betreibt unabhängige Politik und wenn sich bisher einzelne Kompromisse, wie das über den Reichsrat einseitig gegen das Zentrum auswirkten, war es nicht dessen Schuld und Berechtigte die Stille keineswegs dazu, von einem Rechtszentrum in Niederschlesien zu sprechen.“

Nun, wir wollen mit der Volkszeitung nicht darüber streiten, ob es eine innere Berechtigung hat oder nicht, von einem Rechtszentrum zu sprechen. Rechts und links versteht sich bekanntlich, je nach dem Standpunkt, den man einnimmt. Vom Zentrum, selbst von dem neuorientierten Provinzialparlament können und wollen wir aber nicht verlangen, daß es etwa den Standpunkt sozialdemokratischer Wertung einnimmt. Interessant ist jedoch, was das Zentrum selbst weiterhin für die wirklichen Gründe der Mitwirkung an einer republikanischen Koalition im Provinzialparlament mit anerkennenswerter Offenheit zu sagen weiß:

„Man kann also wirklich nicht behaupten, daß die Rechte angefaßt dieser megalomane Eitelkeit für das Zentrum einen besonderen Anreiz zu Verhandlungen hat. ...“

Das Zentrum treibt eine Politik der Weisheit. Wenn Politik nicht die Macht ist, so wird man auch im einzelnen fragen, was erreicht worden ist. ...

Wir haben keinen Anlaß diskréter zu sein, wie das Zentrumblatt, und können daher bestätigen, daß befragter Kanonikus Otte wohl zum Reichstagsbevollmächtigten der Provinz nominiert werden wird. ...

Schief gewickelt ist das Zentrumblatt aber ganz entschieden, wenn es meint, es könne die Sozialdemokraten Breslaus und des übrigen Bezirks durch die, gelinde gesagt politische Unfähigkeit, Verwendung des Begriffs „laäufige halbkommunistische Richtung“ auseinandermandrieren; wenn es meint, in Fragen der Erziehung gäbe es tatsächliche und grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in der Sozialdemokratie. ...

Sehr ergötzlich ist, wie die deutschnationale „Schlesische Zeitung“ nun ihrerseits diese Stellung nimmt und ihrem Lager mit der Ueberchrift „Der Ruhm der Provinzpolitik“ Luft macht. ...

deren politische Berechtigung ja auch die Deutschnationalen nicht ernsthaft zu bestreiten wagen, so nennt man das — Ruhandel. ...

In einem trifft sich das konservative Blatt allerdings durchaus mit unserer Feststellung, es bezweifelt nämlich, daß die Zentrumsherren so naiv sind, einen solchen, durch nichts berechtigten Unterschied zwischen den Breslauern und den niederschlesischen Sozialdemokraten zu machen. ...

Bezirkskonferenz der SA.

Sonntag, den 6. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, findet in Glah im Gahhof „zum römischen Bad“ die Bezirkskonferenz der Sozialistischen Arbeiterjugend Mittelschlesiens statt. ...

Der Bezirksvorstand der SA.

Eine landwirtschaftliche Notstelle für Niederschlesien

Die Pressestelle beim Oberpräsidenten teilt mit: In einer am 30. Januar 1930 von dem Oberpräsidenten einberufenen und geleiteten Sitzung wurde nach mehrfachen Vorberhandlungen die Gründung einer landwirtschaftlichen Notstelle beim Oberpräsidium Niederschlesiens endgültig beschlossen. ...

Die Unkosten der Stelle werden einwirken von den im Ausschuss vertretenen Behörden und Körperschaften aufgebracht. Das Büro befindet sich zur Zeit in von dem Landeshauptmann zur Verfügung gestellten Räumen der Pre- und Hilfsstelle im Landeshaus, Breslau 2. ...

Vom Oberschlesischen Oberverein

Am Freitag trat im Landeshaus zu Ratibor die dritte Hauptversammlung des Oberschlesischen Obervereins zusammen. Den Vorsitz übernahm der nunmehr drei Jahre bestehende Vereinigungsrat Landrat H. v. ...

Den Rassenbericht erstattete Berggasse Professor Byrlorich vom Berg- und Hüttenmännischen Verein. ...

manuieren, der belagerten Bezirks soll am 17. Februar in Breslau stattfinden.

In der Debatte unterstrich der Vertreter der Stadt Ratibor die Notwendigkeit, auch die obere Oder in eine an der gütliche Regulierung einzugliedern. ...

Setisch, Kreis Gührau. Flucht vor dem Militarismus. In der vergangenen Woche wurden hier zwei polnische Deletere aufgefunden, die in voller Ausrüstung über die Grenze gekommen waren.

Kolkenbach, Kr. Landeshut. Allgemeine Heiterkeit erregte der Schriftsteller eines Angestellten der Gemeindeverwaltung. ...

Kuda, Polnisch-Schlesien. Im Alkoholausschuss der Arbeiter geworden. Als der Bergarbeiter Platt in berauschtem Zustand heimkehrte, begegnete ihm auf der Treppe die Witwe Franziska Szworonek. ...

Aus der Umgebung Zeure Strompreise

In Marschitz wird die Stromversorgung von einer Genossenschaft m. b. H. besorgt, die den Raiffeisengenossenschaften angegliedert ist und ihre Geschäftsprinzipien offenbar auf die Anlagebank abstellt. ...

Nun ist das JdW aber ein wenig aus den Fugen geraten, denn bei der Fünftagesrechnung wurde entdeckt, daß es mit der Rassenführung etwas haperte. Ein kleiner „Fehlbetrag“ soll nun dadurch ausgeglichen werden, daß der Strompreis pro Kilowattstunde auf 40 Pfg. erhöht wird. ...

Herr Hugo Christ läßt ein

Internationales Gefindel mit gebogenen Nasen braucht aber nicht zu kommen. Der Landwirt Hugo Christ aus Nipporn hat politische Betätigungsbredung. ...

Nipporn, den 20. Januar 1930. Landvork wache auf! Zum 4. Februar bitte ich jeden Deutschnationalen Mann und Frau jeden Standes um 4 Uhr nachm. in Nipporn zu erscheinen. ...

Internationales Gefindel mit gebogenen Nasen u. dergleichen es gut geht brauchen nicht erscheinen u. denen das Wändel gefällt. Jedes Wort des Kommentars würde hier abzuwachen wirken. ...

Marschitzger Gemeindevorstandswahl ungültig

Die am 16. Dezember vorgenommene Wahl des Gemeindevorstandes und der Schöffen in Marschitz, Kr. Neumarkt, wurde vom Kreisaustrich nicht bestätigt. ...

Wenn die Bürgerlichen aber vermeinen, daß sie auf diese Weise den sozialistischen Gemeindevorstand besetzt haben, dann werden sie wohl eine kleine Enttäuschung erleben, denn die nunmehr neu vorzunehmende Wahl des Gemeindevorstandes und der Schöffen wird selbstverständlich dasselbe Resultat zeitigen wie im Dezember.

Siegersdorf. Auf der Heimfahrt von einer festlichen Veranstaltung fuhr auf der Kreischausse Neumburg-Kittschau in der Nähe des Bahnhofes Siegersdorf-Ort ein Auto gegen die Lokomotive eines Personenzuges. ...

Gutkowitz. Gründung einer Arbeiter-Samariter Kolonne. Nach einer gutbesuchten Werberversammlung des SA. in der Bezirksvorstand der Genosse Michael Jwed und Jels der Arbeiter-Samariter darlegte, wurde eine Kolonne gegründet, der sofort 14 Mitglieder beitraten. ...

Sozialdemokratische Partei Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neumarkt), Zimmer 170-171. Telefon 7060, 7061. Gebühret von 6-17 und 16-19 Uhr. ...

Proletarisches Frauenschicksal

„Eine Frau allein“. Roman von Agnes Smedley. Nichts stellt die amerikanische literarische Produktion so ver...

Es ist ein proletarisches Frauenschicksal, Schicksal eines Mädchens aus armer Familie, das zur Kämpferin für seine Klasse...

Bei aller Sehnsucht nach Gerechtigkeit, bei allem Verlangen nach Kameradschaft und Liebe wächst unter dem Einfluß dieser Umwelt in Anna Smedley ein fanatischer Haß gegen die Ehe...

Als Anna Smedley mit der Gedankenwelt des Sozialismus vertraut wird, da erkennt sie, daß sie gefühlsmäßig längst Sozialistin gewesen...

In seiner äußeren Erscheinungsform ist dieses Frauenschicksal amerikanisch, in seinem inneren Wesen ist es weit mehr: ist es proletarisches Frauenschicksal aus aller Welt...

Die „Heilige Johanna“ der russischen Revolution

Barissa Rejner, Trozkis tapferste Helferin. Die Oktoberrevolution ist historisch geworden: man redet und schreibt schon von ihr als der Bewegung der...

der grandiosen Bewegung den letzten Entschluß gaben. Die Hülle ist noch fast die gleiche, die Bewegung aber, die Revolution, ist zu einem bürokratischen Mechanismus erstarrt...

Die Gegenwart in Rußland hat nichts mehr mit proletarischer oder gar sozialistischer Revolution gemein. Der Thermidor hat auf dem Umweg über eine erntemächtige Bürokratie...

Diesen gestrigen Tag der russischen Revolution befragt Barissa Rejner in einem Buch, das jetzt in neuer Auflage erscheint...

Barissa Rejner ist keine Revolutionskämpferin am Schreibtisch, wie die meisten der jungen Schriftsteller Rußlands...

Und nun diese menschlich unschätzbare Bescheidenheit: im ganzen „Oktober“ findet man kein Wort über ihre „offizielle“ Rolle in der russischen Revolution...

Barissa Rejner war eine Schülerin Trozkis sowohl im militärischen wie im politischen Leben. Doch war sie ungenügender in ihrer Meinungsäußerung...

Ein Jahr später wurde Trozki wegen oppositioneller Haltung von der Führung der Roten Armee „verrät“...

Der Aufstieg der Sozialdemokratie in Preußen

„Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen“, von Paul Hirsch. Otto Suhrkamp Verlag Berlin, 1921, 7,50 Mark. Genosse Paul Hirsch hat in diesem Buche nach Aufzeichnungen und Erinnerungen aus Parlament und Regierung...

Das Buch enthält als Anlagen Hirschs Reden bei wichtigen Gelegenheiten, als erste die Rede zur Eröffnung der verfassunggebenden Landesversammlung...

Die Macht der Massen

Mathilde Baering: „Die Macht der Massen“, Weisser, Berlin, 1928.

Das Buch untersucht die Wirkung der Macht an den Machtstellen der Stände, Geschlechter und Lebensalter, der Rassen und Völker...

Die Machtfragen sind Befehle — hier stimmt Verfasser durchaus mit Marx überein — daneben aber Wille (Marx Weber), die staatliche Macht, insbesondere das doppelte Recht...

herausragende Leistungen von Frauen dadurch zu verkleinern, daß man diese Frauen als Mannweiber hinstellt. Als Beispiel dafür wird Christine von Schweden angeführt. Nun wies aber Christine tatsächlich so starke männliche Züge auf, daß sie bei ihrer Geburt zuerst für einen Knaben gehalten wurde. In anderer Stelle wird ausgeführt, daß die Nachahmung der Herrschenden durch die Beherrschten stets mit einer Gleichberechtigungsbewegung parallel läuft. Daraus wird aber nun gefolgert, daß die Frauenbewegung heute ins Stocken geraten sei, da die Nachahmung des Mannes durch die Frau nachgelassen habe. Der Verzicht auf die Nachahmung kann aber doch auch ein Beweis wachsenden Selbstgefühls sein, wie der Vergleich mit der Jugendbewegung oder mit den Bestrebungen Sowjetrusslands um Schaffung einer proletarischen Kultur hätte zeigen können. Übertrieben scheint mir auch die Behauptung von der körperlichen Gleichartigkeit der Frau und die daraus hergeleitete Ablehnung eines besonderen Frauenturnens (mit der Frage der Gymnastik an Stelle des Turnens) steht sich herausfallen nicht auseinander, natürlich würde sie eine besondere Frauenturnart im Gegensatz zu führenden Gymnastiklehrerinnen ebenso ablehnen.

Aber das sind schließlich nur Einzelheiten, die dem Gesamtwert des Buches keinen Abbruch tun. Es ist geeignet, den immer noch zahlreicheren praktischen Gegnern der Gleichberechtigung der Geschlechter, die sich auch unter den Sozialisten finden, die Augen zu öffnen, allen Kämpfern für wahre Gleichberechtigung aber ein treffliches Rüstzeug zu bieten. W. Ganzenmüller.

Die Großmächte vor und nach dem Weltkriege

Kjellens-Haushofer: „Die Großmächte vor und nach dem Weltkriege“. Zweibändige Ausgabe der Großmächte Rudolf Kjellens, Leipzig und Berlin, W. G. Teubner 1930. Preis gebunden 10 Mark, gebunden 12 Mark.

Das Buch Rudolf Kjellens hat viele Jahre hindurch außerordentliche Wirkung in Deutschland gehabt. Der schwedische Parlamentarier, der Professor an der Hochschule in Gothenburg gewesen ist, erfreute sich in Deutschland eines außerordentlichen Ansehens. Man rechnete es ihm besonders hoch an, daß er während des Weltkrieges mit seinem Buche Deutschland gegenüber eine objektive Stellung einnahm. Wenn nun der Verlag davor zurückzuckt, nach dem Tode Kjellens das Buch gänzlich unverändert herauszugeben zu lassen, so kann man das begreifen, und es ist grundsätzlich zu begrüßen, daß er an eine umfassende Neubearbeitung heranging, die er in die Hände verschiedener Gelehrter legte.

Bei der Durchsicht des Buches wird man gewisse grundsätzliche Bedenken nicht überwinden können. Im ersten Teile wird das alte Großmachtssystem behandelt, und hier ist ja wohl in der Hauptsache das alte Gut der Kjellenschen Darstellung übernommen worden. Aber in dem zweiten Hauptteil, der sich nach einem kurzen Zwischenstück über den Weltkrieg mit einem neuen Großmachtssystem befaßt, findet man eine große Reihe von Dingen, die man von unserem Standpunkt aus nicht unangenehm lassen wird. Bei der Behandlung Deutschlands erscheint es mir sehr anfechtbar, wenn es heißt: „Über die entscheidende Schwäche lag in der Volksseele und im nationalen Willen, die nicht die geistige Hochade und Berachtung der Feinde zu vertagen vermochten. Die Zweifler an der Volksseele behielten Recht... Durch diese mangelnde Zusammengehörigkeit und Staatstreue ist Deutschland untergegangen.“ Man fühlt, wie hier leise angedeutet die Volkshochade wieder auflebe. Wenn Wilhelm II. Flucht nach Holland jetzt neuerdings wie in den verschiedensten Büchern so auch hier als „Fahrt“ bezeichnet wird, so müßte man auch dagegen im Interesse der historischen Wahrhaftigkeit Einspruch erheben.

Bei der Darstellung Österreichs wird der zweifelslos interessante Gedanke eines Donaubundes behandelt und der Widerstand eines übertriebenen Nationalismus der Nachfolgestaaten zum Ausdruck gebracht. Aber auch hier fällt auf, daß etwa den Tschechen nicht die Konsequenz des nationalen Gedankens als etwas Selbstverständliches zuerkannt wird, wie man ihn naturgemäß für Deutschland in Anspruch nimmt. „Diese doppelte Buchführung“ historischer Werte ist es, gegen die man im Interesse der Völkerverständigung Einspruch erheben muß. Die Behandlung Italiens betont zweifelslos richtig, in welcher Weise der Faschismus heute schon eine Bedrohung des Friedens der Welt darstellt. Andererseits aber werden die Erfolge der Politik Mussolinis vielleicht übermäßig betont.

Im Rahmen einer derartigen Besprechung wird man naturgemäß von dem Referenten nicht verlangen können, daß er alle diejenigen Stellen, die er sich als seiner Uebersetzung nicht entsprechend angemerkt hat, aufzählen muß. Vielleicht darf nur noch gesagt werden, daß auch das, was über Sowjetrussland angeführt wird, nicht dem entspricht, was bürgerliche Berichterstattung sonst sogar als bewiesen ansieht; immerhin kann auch hier der Verfasser an diesem tatsächlich Geleisteten nicht vorübergehen.

Wenn man auch so im einzelnen mancherlei an dem Werke hat aussetzen müssen, so sei doch andererseits auch all das gebührend hervorgehoben, was man ihm zu verdanken hat. Die geopolitische Betrachtungsweise, d. h. jene, die die großen Staaten der Erde als selbständige Organismen zu erfassen sucht, wird in ihm mit Erfolg zur Darstellung gebracht. Mit der dem Verlag Teubner eigenen Gründlichkeit wird durch ein sorgfältiges statistisches Material, das als besonderer Anhang dem Buche beigegeben ist, die Nachprüfung im einzelnen erleichtert. Auch das Literaturverzeichnis bietet dem Weiterstrebenden mancherlei Anregung. Ein derartiges Buch, das gewissermaßen bereits im Augenblick des Erscheinens von den Ereignissen überholt wird, verdient aber auch zweifelslos in den Kreisen der Arbeitenden gelesen zu werden, weil sie aus ihm die Erkenntnis schöpfen können, wach ungewohnte Gefahr der Welt Staat in sich schlief, wenn die Masse nicht rechtzeitig in ihre Gewalt bekommt, um zu verhindern, daß wieder einmal in Zukunft diese einzelnen Gebilde gegenseitig sich im Kampfe zerschleichen. Willy Cohn.

Der Alkohol und der menschliche Organismus

„Die alkoholischen Getränke und der menschliche Organismus“ von Prof. Dr. med. Martin Mendelsohn, Berlin, Erich Reiss, Verlag, Berlin.

Es ist im höchsten Grade verwunderlich, daß sich ein Buch in einem sonst angelegenen Verlage erscheinen kann. Wir wissen als Sozialisten, daß es keine neutrale Wissenschaft gibt, daß jeder Forscher als Mensch ein Mitglied der Gesellschaft ist und als solches ein Ergebnis seiner Verhältnisse. Trotzdem habe ich sonst die bewußte Stellungnahme der Wissenschaft in so einseitiger Weise zugunsten einer bestimmten Richtung noch nicht gefunden, wenn man hier trotz des wissenschaftlichen Mantels überhaupt von Wissenschaft reden kann?

Man wird lebhaft an gewisse Ergebnisse professioneller Wissenschaft im Kriege erinnert, durch die minderwertige und lächerliche Erläuterungsmittel als vollwertig bezeichnet wurden. Nur zu schwer haben wir die Folgen solcher gewissenloser Wissenschaft heute noch zu tragen.

Schon nach kurzer Lektüre drängt sich dem Leser die Frage auf, wer ist der Auftraggeber oder was haben diesem Professor nur die harmlosen Abstraktionen getan? Das ganze Buch ist eine Schimpfanrede gegen die Alkoholgegner und ein Lobgesang auf den Alkohol. Allerdings ist der Verfasser gegen die Trunksucht, ja, er fordert eine Gesetzgebung, die alle Trunkenheitsdelikte, sogar die Trunkenheit an sich als strafbar erklären soll. Er fordert weiter, die Alkoholindustrie möchte doch endlich einmal dafür sorgen, daß gute alkoholische Getränke in den Handel kommen. Nicht der Alkohol habe so lächerliche Folgen, wie wir es oft erleben, sondern die urchigen Beimischungen und dabei zitiert Herr Prof. Mendelsohn sozial übliche Sachen auf, die angeblich im Alkoholgewerbe an der Tagesordnung sind, wie es abgrenzender, der eifrigste Abstrahierer, nicht tun könnte.

Unverständlich sind die Vergleiche zwischen alkoholischen und anderen Getränken, die übermäßig genossen alle schädlich sind. So kann man z. B. sogar durch übermäßigen Genuß von Wasser und Brot Vergiftungsercheinungen feststellen. Diese Opfer haben bis jetzt noch keinen großen Schaden gemacht. Es liegt ja eben in der Wirkung alkoholischer Getränke, daß sie zur Sucht hauernden, übermäßigen Konsums führen und daß gerade beim Alkohol über die unbestritten körperlichen Schäden soziale und geistliche Schäden eintreten, welche die Allgemeinheit verhältnismäßig hoch belasten. Von maßgeblicher Seite werden die durch Alkohol entstandenen Lasten als ein Drittel aller Wohlfahrtskosten berechnet.

Die ungekehrten Behauptungen, es ist unwahr, daß der Alkohol die Tuberkulose begünstige, die Unflirtlichkeit und Geschlechtskrankheiten fördere, zu Gewalttätigkeiten führe, die Nachkommen schädige, um nur einiges heranzugreifen, verurteilen dieses Machwerk allein. Die absurden Behauptungen über die Folgen der Prohibition in Nordamerika findet man in solcher einseitigen Ausführung sonst nur noch in den Zeitungen des Alkoholgewerbes. Am schlimmsten erscheint es diesem Wissenschaftler, daß es sogar abtönende Worte gibt. Es fehlt nur noch, daß er verlangt, diese Menschen müßten vor ein ärztliches Ehrengericht geladen werden. Wie kann ein Arzt auch wagen, ein soziales Gewissen zu haben.

Scheinbar fehlt uns, nach Mendelsohn, um ein Genie zu sein, nur noch der übermäßige Alkoholgenuß. Der Verfasser wird wohl auch noch eine ganze Menge Alkohol vertilgen müssen, um so zu werden, wie die in seinem Buch angeführten großen Geister. Ich fürchte, es wird ihm selbst durch die größten Mengen Alkohol nicht gelingen.

Wenn M. behauptet, jeder Gewohnheitstrinker ist ein Psychopath, an dem die Gesellschaft nichts verliert, so ist das entsetzlich übertrieben und steht im Gegensatz zu seinen Ausführungen vorher, daß viele geniale Menschen starke Alkoholiker, ja teilweise sogar Gewohnheitstrinker waren.

Wenn der Verfasser an einer lichten Stelle des Wertes zu der Erkenntnis kommt, daß meistens die sozialen Verhältnisse und Umstände zu übermäßigem Alkoholgenuß, im besonderen zu Schnapsgenuß führen, dann sehen wir als Sozialisten gerade hier die besondere Gefahr für das Proletariat.

Soziale Mißstände sind nicht durch Verlesung im Alkoholdübel zu bessern, sondern im Klassenkampf mit klarem Kopf. Die in dem ganzen Buch verherrlichte Bierphilisterei und Speisergläubigkeit ist nicht für die Klassenbewußt, eine neue Welt schaffen wollende und eine neue Kultur bauende Arbeiterschaft.

Die Gefahr eines Alkoholverbotes ist in Deutschland zur Beruhigung des Herrn Prof. M. nicht so groß und er könnte sich diesen anmaßenden Ton gegen Andersdenkende, unter denen sich eine Reihe von Menschen befindet, die mehr Verdienste um die Menschheit haben, wie sie M. je erringen wird, ersparen.

Die meisten alkoholgegnerischen Vereinigungen haben sich bis jetzt in der Hauptsache der Opfer des Alkohols angenommen, um die sich die Dividenden schluckende Alkoholindustrie nie gekümmert hat. Soweit diese Vereine einer besseren Regelung der Konzeptionierung und einem besseren Verhältnis zwischen Bevölkerung und Gaststätten das Wort reden, sind sie von uns nur zu begrüßen.

Leider sind die Irrenhäuser in den wenigen Jahren nach dem Kriege schon wieder allzu reichlich durch Alkoholopfer gefüllt. Die Alkoholindustrie wird mit Freude dieses Buch begrüßen und wird schon selbst für den nötigen Absatz sorgen. Sich mit weiteren Einzelheiten zu beschäftigen, lohnt nicht.

Wir haben zwar ein Gesch gegen Schmutz und Schund, aber leider nur zu gewissen Dingen. Ich fürchte, dieses Buch wird nicht darunter fallen.

Das Buch ist ein im Interesse der Alkoholindustrie geschriebenes Machwerk, welches keinerlei wissenschaftlichen Wert hat. M. K.

Das Kriegsbuch von drüben

James B. Wharton: „U.S.A. an der Front“. Eine amerikanische Korporalschaft im Krieg. Montana-Verlag, A. G., Horw (Luzern), Stuttgart, Leipzig.

Ein Kriegsbuch von der anderen Seite; das Grauen, mit den Augen des Amerikaners gesehen, mit den Nerven des Amerikaners erlebt. Diese Nerven sind anders, der amerikanische Militarismus ist anders, vor allem kennt er das europäische Feldwebelium nicht, der Umgangston zwischen Offizieren und Mannschaft ist freier, menschlicher. Aber diese amerikanischen Soldaten mit ihrer wesenverschiedenen Einstellung zur Wirklichkeit empfinden den Krieg genau so wie die europäischen; sie empfinden ihn als einen ungeheuerlichen, unverständlichen Irrsinn, er wird auch ihnen zur sinnlosen Gewohnheit, auch ihr Mut schwindet in der Hölle des Trommelfeuers, in den Wolken von Giftgas, im Regen der Granaten, und auch sie, die hundertprozentigen, die stahlharten, zittern in Todesangst. Auch sie erfahren es an sich: Der Soldat darf nicht denken, er darf nichts wissen, er muß nur morden, um gemordet zu werden. Und auch sie lehnen sich innerlich auf, rebellieren aber nicht durch die Tat gegen den Zwang des Wortes und des Gemordetwerdens. Sie lehnen die Heldenlegende zersplittern, sie wundern sich, daß der Krieg so ganz anders beschrieben wurde, als er in Wirklichkeit ist, und sie pfeifen auf das Vaterland und den Patriotismus. „Oder ist hier einer, der heute nacht an die Front gehen will, um für sein Vaterland zu kämpfen? Soll vortreten und sich's Hint unterlaufen lassen.“ Nach und nach verblutet die Kameradschaft auf den Schlachtfeldern Frankreichs. Einer der weniger, die übrig bleiben, stirbt nach dem Waffenstillstand an einer Granate, die im Boden verstreut war; die Erde selbst ist nach dem Krieg noch mit Tod gespickt. Man muß dieses Kriegsbuch neben ein deutsches stellen, wenn man den Wahnsinn des Feind-Begriffes zerstören will. Es gab keine Feinde. Es gab auf beiden Seiten gleich sinnlos leidende, gleich angstzitternde, gleich hungerrige, gleich friedliche Menschen. Wehe denen, die ihnen eingeredet, daß sie Feinde seien, und sich eines Vaterlandes halber zerschleichen müßten! Fritz Rosenfeld.

Ausländische Romane

Von dem Iren James Joyce ist in den letzten Jahren die große psychoanalytische Darstellung „Ulysses“ zu hohen Ehren gekommen, — ein ebenso neuartiges wie umfangreiches und schweres Werk, das breiteren Leserkreisen schon dadurch verschlossen bleibt, daß es in der deutschen Uebersetzung nur als kostspieliger Privatdruck zu haben ist. Leichter zugänglich ist sein jetzt in neuer Auflage erschienener Roman „Jugendbildnis“ (Abein-Verlag, Basel), ein Erziehungsroman aus einem katholischen Internat, der sich durch scharfe Jugend-Psychologie und große Offenheit auszeichnet, aber noch nicht über den Rahmen ähnlicher deutscher Bildungsromane der Vorkriegszeit (etwa von dem österreichischen Jugendpsychologen Robert Muffl. oder dem psychiatrie weniger interessierten, dafür künstlerisch bedeutenderen Schwaben-Emit Strauß) hinausgeht.

Der russische Emigrant Lia Ehrenburg kommt jetzt alljährlich mit einem neuen Band aus den deutschen Büchermarkt. Seine entscheidende Wendung zum stofflich interessanten Unterhaltungstome hat unserer Meinung nach schon sein zweibändiges Werk „Die Liebe der Jeanne Ney“ (Deutsch im selben Verlag) gebracht, das hier noch anzudeuten ist, inzwischen übrigens auch zu einer unverdient minderwertigen Filmbearbeitung verwandt wurde. Ehrenburg, der als Sowjet-Autor anfangs zeigt hier, vom Ausland aus, daß menschliche Freiheit und Selbstbestimmung im bürokratisierten Bolschewisten-Staat nur anders, aber nicht weniger eingeschränkt wird als in den kapitalistischen Ländern des Westens. Er wird darüber nicht zum Antikommunisten, sondern läßt ehrliebe kommunistische Kämpfer neben den Nutznießern des neuen Staatsapparats zu Wort kommen und wirft scharfe Lichter auf das Getriebe der reaktionären Interventionspolitik, die mit ausländischer Hilfe das alte System wieder aufzurichten sucht. Seine Maßstäbe bleiben aber unbedeutend, weil sie überall nur nach dem Einzelneinzel des Individuums fragen, — Ebenso unbedeutend

muß inselgedessen seine — pessimistische — Antwort ausfallen, zumal die Führung des Lebensweges seiner Vorfahren zu einer typischen Bedeutung beanspruchten zu können.

Neben dem Bildungsroman des Iren und den folgenden Liebesromanen des russischen Emigranten legt uns der Verfasser der damit vielschicht aber eine typische Auswahl aus den einschlägigen National-Literaturen trifft, einen politischen Selbstentwurf des Polen Julius Kadon-Bandrowski („Generale Bar“ (Frankfurter Societäts-Druckerei). Der in Deutschland schon durch später gezeichnete und reizvolle Romane bekannte Autor ist ein politischer Anhänger Billudits. Dieser in der Uebersetzung 1923 (also vor der letzten Machtergreifung in der Marjalle) verfaßte Roman schildert den Aufstieg eines Militärdiktators. Der tatsächliche Verlauf der jüngsten russischen Geschichte war freilich wesentlich anders; die Handlung ist von Kadon zum großen Teil frei erfunden und die Handlung etwas schematisch nebeneinander gestellten Hauptpersonen ein rechtsstehender und ein sozialistischer General als Gegenspieler des mittelparteilichen Felden — verdanken ihr Teilweises ganz, teils überwiegend dichterischer Phantasie. Die Grundtendenz geht dahin, alles Politische in Menschliches-Menschliches aufzulösen. Sieger bleibt, wer am entschlossensten ein persönliches Glück zu verzichten, ganz nur dem Staatsgedanken zu dienen weiß. Dieser Staatsgedanke selbst aber bleibt wiederum leeres Schema, das auch eine Umdeutung zum Schluß nicht auszufüllen vermag, die Staat und Menschenglück in einen neuen, reichlich unbestimmten Zweckzusammenhang zu setzen sucht. Leider ist die Uebersetzung — im Gegensatz zu denen der Rhein-Verlage — ganz minderwertig, vielfach weniger verständlich als der Urtext, manchmal sogar grammatikalisch falsch und stilistisch durchweg hilflos.

Sozialistische Gemeindepolitik

Kommentar zu den kommunalpolitischen Richtlinien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 310 Seiten. Verlag J. S. W. Dieck Nachfolger, Berlin SW. 08.

Das bereits sehr entbehrte Handbuch für die sozialistische Gemeindepolitik ist nunmehr in dem ausführlichen Kommentar zu den kommunalpolitischen Richtlinien der SPD erschienen, was um so mehr zu begrüßen ist, da wir Handbücher im allgemeinen nur über bereits geleistete, aber selten solche über noch zu leistende Arbeit haben. Die recht umfangreichen kommunalpolitischen Richtlinien unserer Partei, die Tätigkeit von bereits gegen sozialistische Gemeindepolitikern in Deutschland erfordern eine ausführliche und klare Heranstellung unserer Forderungen auf diesem Gebiete. So hat denn Paul Hirsch im Auftrag der kommunalpolitischen Zentralstelle unserer Partei unter Mitarbeit hervorragender parteigenössischer Kommunalpolitiker ein solches Werk herausgebracht, das über jede kommunalpolitische Frage hinreichende Auskunft gibt.

Das Werk ist in zwei Teile gegliedert: Forderungen an die Gesetzgebung und Forderungen an die Gemeinden. Wenn sich auch vielfach diese beiden Teile in den hier aufgestellten Forderungen überschneiden, so ist doch dadurch eine bessere Uebersichtlichkeit gewährleistet. Wie heute die Gemeinde politisch alle Gebiete des öffentlichen Lebens umfaßt, so müssen naturgemäß auch in einem solchen Werk all diese Fragen Behandlung finden. Auch es sich um Steuer- oder Bildungsfragen, um das Gesundheitswesen, Boden- und Wohnungspolitik, um Arbeiter- und Angestelltenrecht oder um das weite Gebiet der kommunalen Wirtschaftspflege handelt, über jede dieser Fragen finden wir hier mit Hinweis auf die betreffenden vorhandenen Gesetze eine ausführliche Erläuterung und neben grundsätzlichen Betrachtungen eine Gliederung in Einzelfragen. Leider ist — und diese Kritik richtet sich gleichzeitig an unser kommunalpolitisches Programm — nicht über eine sozialistische Kunstpolitik gesagt. Wenn auch, und nur im Etat der größeren Städte, dieser Titel einen — z. B. gemessen an der Ausgabe für Wohlfahrtszwecke — relativ geringen Teil einnimmt, so ist er doch nicht unwesentlich. Man denke nur an die sich immer mehr zuspitzende Krise des deutschen Theaters, an die zu immer größerer Bedeutungslosigkeit herabsinkenden Museen und an die für Deutschland noch in der Zukunft liegende Kommunalisierung der Volkstheater.

Abgesehen von dieser Lücke bleibt dieses Buch ein wertvolles Nachschlagewerk, das für den Kommunalpolitiker unentbehrlich und für die sich außerhalb solcher Arbeit befindlichen Genossen nicht uninteressant ist. W. U.

Arbeitsrechtliche Literatur

Neht lange hat der zweite Band von Hueck-Nippert den Lehrbuch des Arbeitsrechts auf sich warten lassen. Man wird ihn in allen Interessentkreisen begrüßen. Er enthält (Benschelmer, Mannheim, 1929) den ersten Teil des kollektiven Arbeitsrechts, das Tarifrecht. Die allgemeinen Lehren dieses Rechtsmaterie, die Rechtswirkungen des normativen und obligatorischen tarifvertraglichen Inhalts, sowie die Allgemeinheit der bindendheitsklärung werden hier in einer vorzüglichen Darstellung dem Leser von Nippert geschilbert. Wieder muß man, wie bei Nippert immer, den kristallklaren Aufbau, die erleuchtende Schreibweise und die Fülle der verarbeiteten Literatur und Rechtsprechung anerkennen. Es fehlt keine Antwort auf alle wichtigen Fragen des Tarifrechts. Wer das Buch in der Praxis braucht, wird sich immer wieder davon überzeugen. Es darf kein Arbeitsrechtler fehlen. Die Verände werden es nicht entbehren können, wenn sie Tariffragen ordnungsgemäß erledigen wollen. Wer einen Kommentar zur Tarifvertragsverordnungsverordnung haben will, der muß unbedingt auf Sigler-Goldschmidt (Wahlen, Berlin, 1929) greifen. Es ist die zweite Auflage des früher Siglerschen Erläuterungsbuchs, das dadurch auf den neuesten Stand gebracht wurde. Diese Ausgabe schließt trotz der Fülle arbeitsrechtlicher Bücher und Zeitschriften auf dem Büchermarkt. Hier haben wir in handlicher Form knapp alle wichtigeren tariflichen Fragen unter Heranziehung der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts kritisch geortet. Der praktische Arbeitsrechtler wird stets das kleine und relativ billige Buch gern benutzen, zumal es auch die ergänzenden Bestimmungen zur Tarifvertragsverordnung enthält. Auch Hüfner hat (Wahlen, Berlin, 1929) seinen Kommentar zur Betriebsstilllegungsverordnung in neuer, dritter Auflage herauskommen lassen. Es gibt nicht viele Erläuterungsbücher zu dieser bei den heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer bedeutsamer werdenden Verordnung. Das Buch zeichnet sich durch eingehende, Behandlung aller wesentlichen Fragen, durch Beachtung aller wichtigsten neueren und älteren Jubilatur und Literatur aus. Es sei dringend empfohlen. Eine Sammlung der reichhaltigen Wortschätze über das Arbeitsverhältnis haben wir, wird Hoenigsch's Zusammenstellung (Benschelmer, Mannheim, 1930) benutzen. Das Werk erscheint jetzt in der 15. Auflage. Schon diese Auflage zeigt, daß man es kennt und schätzt. Die neue Auflage enthält nur insbesondere das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz. Wenn ein Wunsch bei dieser vorzüglichen Handausgabe noch ausgesprochen werden darf, so ist es der, aus dem ersten und zweiten Teil des BGB, die für den Arbeitsvertrag wichtigsten Bestimmungen in größerem Umfang zum Abdruck zu bringen. Will man eine sorgfältige neue Darstellung der deutschen Soziallexikologie lesen, so wird man unbedingt sich das Werk von Schütz (Wahlen, Berlin, 1929) anschaffen können. Es enthält nach einem Allgemeinen, für mehrere Versicherungsweige in Betracht kommenden Teil einen Überblick der Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Anwartschaftsversicherungen. Dabei vereinigt es wissenschaftliche Zuverlässigkeit mit durchgängig populärer Schreibweise. Von der Arbeitslosenversicherung gibt es zwar, da es mit dem Stände vom Juli 1929 abschließt, noch keine frühere gesetzliche Regelung wieder. Es dürfte sich empfehlen, Neuregelung dieses Versicherungsweiges in einem Nachtrag zu bringen, um das sonst für Einführungs- und Vertragszwecke brauchbare Werk der neuesten Gesetzgebung anupassen. Dr. J.